Privilegirte

Schlesische Zeitung.

№ 213. Breslau, Sonnabend den 12. September. 1846.

Verleger: Wilhelm Gottlieb Korn. Redacteur: R. Hilscher.

## Uebersicht der Nachrichten.



## Inland.

**Berlin**, 9. Sept. (Voss. Z.) **Gustav-Adolph-Verein.** (Forts. der Vorgänge in der Versammlung am 8ten d. in der Dreifaltigkeits-Kirche.) Nach dieser Vorbereitung trat zuerst Prediger **Valette** aus Paris auf, einen herzlichen Gruß der dortigen evangelischen Gemeinden überbringend und über die Fortschritte des deutschen Gottesdienstes unter der nicht ansäßigen Bevölkerung in und um Paris berichtend. Es sind dort 6 Gemeinden in diesem Jahr gestiftet nnd das protestantische Konsistorium in Paris giebt zur Erhaltung derselben einen Zuschuß von 12,000 Frs. jährlich. Es sei aber noch viel für diese Sache zu thun und die Hülfe des Vereins werde sehr willkommen sein. Prediger Zimmermann aus Basel überbrachte einen Gruß der schweizerischen Vereine und sprach über die Wirksamkeit derselben. Es sind jetzt deren 12 in den protestantischen Kantonen, die sich jetzt besonders die Sorge für die nach N.-Amerika ausgewanderten Deutschen zur Aufgabe machen. Die Auswanderer denken selten über die Fortsetzung ihres kirchlichen Lebens jenseit des Meeres und sind dort in dieser Hinsicht dann übel berathen. Die katholischen Kirchenanstalten mehren sich in den Gegenden besonders schnell, wo es an protestantischen Geistlichen fehlt, und viele Auswanderer gehen dem Glauben ihrer Väter verloren. Hier sei daher ein sehr großes und wichtiges Feld für die brüderliche Mitwirkung des Gustav-Adolph-Vereins, die der Redner in Anspruch nahm. Die Verhandlungen, welche jetzt eintraten, bezogen sich zuerst auf die Constituirung des **Central-Vorstandes.** Ein Deputirter machte den Vorschlag, denselben in der Art zu bilden, daß ein oder zwei Hauptvereine zusammen aus ihrer Mitte fortdauernd ein Mitglied für denselben zu bestimmen hätten, um einen lebendigen Zusammenhang der einzelnen Hauptvereine mit dem Central-Vorstande zu erhalten. Der Sekretair des Central-Vorstandes führte an, daß dieser Verkehr durch monatliche Berichte, die jetzt ins Leben getreten, gefördert werde. Ein anderer Deputirter fand die gegenwärtige Stellung des Central-Vorstandes als den bleibenden Vertreter der Einheit des Vereins durchaus angemessen und bemerkte, daß der von dem Antragsteller gemachte Vorschlag den Unterschied zwischen der General-Versammlung und dem Central-Vorstande aufhebe. Ueber den Wahlmodus für den Central-Vorstand wurden noch mehrere Vorschläge gemacht und in Erwägung genommen. Es wendete sich dann die Discussion auf die Verwendung der dem Central-Vorstande u. dem Hauptvereine überwiesenen **Gelder.** Mehrere Deputirte hatten eine Mitwirkung der Haupt-Vereine gewünscht und diese in verschiedenen Modalitäten vorgeschlagen. In der vielseitigen Besprechung trat indessen doch zunächst wesentlich hervor, daß der Central-Vorstand nicht bloß als ein Büreau zu betrachten sei, sondern daß ihm eine eigene Beschließung in dieser Hinsicht zustehe. Oft sind die Verhältnisse in mancher unterstützten Gemeinde so eigenthümlich, daß eine öffentliche Besprechung derselben der Gemeinde mehr schade, als die Unterstützung nütze. Der Central-Vorstand wies auch nach, daß er, durch seine Rechnungslegung vor einem Ausschuß die Generalversammlung, der Controle unterworfen, und überhaupt mancher Weg offen sei, wodurch die Hauptvereine auf seine Bestimmungen Einfluß erhielten. Dies führte sodann auf die **Unterstützungs-Angelegenheit** überhaupt und auf manche Vorschläge, diese besser zu concentriren, auch jedem Hauptverein schnell genau Nachricht zu geben über das, was geschehen sei und geschehen möge. Es wurde vorgeschlagen, daß der Unterstützungsplan zeitig herumgesendet und mit Bemerkungen begleitet werde, in denen der Centralvorstand bestimmte Hauptvereine namhaft mache, denen er diese oder jene Angelegenheit besonders empfehle, um so einen Conflict und eine Häufung der Unterstützungen zu vermeiden. Ein schon auf der vorjährigen Hauptversammlung angeregter Punkt kam aufs Neue zur Sprache, nämlich daß der C.-Vorstand sich an die auswärtigen protestantischen Kirchenvorstände wende, um die Förderung ähnlicher Unterstützungsvereine für protestantische Kirchen hervorzurufen. Der Central-Vorstand legte dar, daß er diesem schon im März und Mai d. J. vollständig nachgekommen sei und die Erfolge abwarte. Es kam nun zur Sprache, daß eine Volksschrift verfaßt werden möge, welche die Entstehung, den Fortgang der Stiftung, historisch angäbe und das Volk über dieselbe belehre, da noch so viel irrige Ansichten, zum Theil absichtlich von Gegnern verbreitet, in Umlauf wären. Consistorialrath Nonne übernahm auf mehrseitige Aufforderung, diesem Wunsche zu entsprechen. Daß nebenher durch die Wirkung von regelmäßigen Blättern für diesen Zweck im Bereiche der einzelnen Provinzen durch die Hauptvereine gesorgt werden müsse, wurde auch anerkannt und durch die bisherigen Erfolge, die sich hie und da, namentlich in der Provinz Brandenburg schon herausgestellt hatten, als sehr zweckmäßig erkannt. Die inzwischen bewirkte Auslosung der Mitglieder, die jetzt aus dem Central-Vorstande scheiden, traf die Herren Bischof Dr. Neander, Geheime Rath Krausnick, Kirchenrath Meißner und Pfarrer Sander. Diesen Männern wurde von dem Präsidenten ein Dank für ihre Wirksamkeit ausgesprochen, den sie durch eine Rede erwiederten. Zuletzt brachte Pfarrer Sander eine ehrfurchtsvolle Dankadresse an den König von Preußen in Vorschlag, zu deren Entwerfung eine Redaction ernannt wurde. Mit einem Gebete schloß der Vorsitzende die Versammlung um 3½ Uhr.

Die Spen. Ztg. enthält folgende **Erklärung:** „In dem Artikel der Voss. Ztg. vom 9ten d. über die vorberathende Sitzung der Hauptversammlung des Gustav-Adolph-Vereins ist die unrichtige Mittheilung enthalten, daß vor der Abstimmung über die Zulassung des Dr. Rupp „alle Anwesenden sich das Versprechen gegeben, das Resultat möge ausfallen, wie es wolle, doch darum in Einigkeit zu verharren.“ — Ein Versprechen ist nicht gegeben, sondern nur ein Vorschlag gemacht, diesem Vorschlag aber von verschiedenen Seiten widersprochen worden. Nachdem die Nicht-Zulassung des Dr. **Rupp** beschlossen, **haben die Unterzeichneten es für ihre Pflicht gehalten, das ihnen übertragene Mandat niederzulegen,** da sie das Resultat jener Abstimmung als eine Aufhebung des Grundprincips des Gustav-Adolphs-Vereins erachten mußten. Weitere Erklärungen behalten sie sich vor. Berlin, den 9. Sept. 1846. **Fischer. Schwarz. Schwetschke.**

(Publicist.) Man darf jetzt mit Gewißheit annehmen, daß mit dem 1. October d. J. das neue **Criminalprozeßverfahren** bei dem hiesigen Criminalgericht seinen Anfang nehmen wird, da die nöthigen Vorbereitungen dazu theils bereits getroffen sind, theils ihrer Vollendung entgegengehen. Es werden wahrscheinlich vier Gerichts-Deputationen gebildet werden, nämlich eine von 6 Mitgliedern für Strafen von drei Jahren bis lebenswierig, denen bei Verbrechen, welche lebenswierige oder Todesstrafen nach sich ziehen, noch zwei andere Mitglieder hinzutreten; und drei Deputationen für Strafen von 6 Wochen bis zu 3 Jahren. Außerdem werden für die kleineren Vergehen noch mehrere **Einzelrichter** und **Polizeirichter** erfordert, deren Zahl noch nicht bestimmt ist. — Der Criminalgerichts-Director v. Schrötter ist von seiner nach der Rheinprovinz unternommenen Reise vor einigen Tagen zurückgekehrt. Die Erkundigungen, welche er an Ort und Stelle über das dortige Gerichtsverfahren eingezogen hat, werden den hiesigen Einrichtungen gewiß sehr zu statten kommen. — Mit dem 1. October wird bei dem hiesigen königl. Stadtgericht ein **Executionsamt,** aus drei Richtern und mehreren Subalternen bestehend, in das Leben treten. Man beabsichtigte Anfangs die Herstellung eines Instituts, ähnlich dem der französischen Huissiers, herzustellen. Jedes rechtskräftige Erkenntniß, das den Verklagten zu einer Leistung verurtheilt, sollte mit dem gerichtlichen Atteste der Rechtskraft versehen werden, damit der Kläger, auf bloße Vorzeigung dieses Erkenntnisses, jeden Augenblick executivische Hülfe nachsuchen könne. Diese Idee ist jedoch nicht durchgedrungen, dagegen aber die Trennung des Executionswesens von dem eigentlichen Prozeßverfahren durch Etablirung eines besondern **Executionsamts** ausgesprochen worden, bei welchem künftig alle Executionsgesuche angebracht werden müssen. Jedenfalls hat man durch diese Concentration, und da auch die Zahl der Executoren vermehrt wird, einen beschleunigteren und prompteren Geschäftsgang zu erwarten, als es bisher möglich war. — Vom 1. October ab werden die Parteien ihre stadtgerichtlichen Zuschickungen nicht mehr durch Gerichtsboten, sondern durch die **Briefträger** erhalten, indem die Post, gegen eine bestimmte jährliche Summe, die Besorgung sämmtlicher auszutragenden stadtgerichtlichen Briefe, Mandate ꝛc. übernimmt. Nur für die herumzutragenden Briefe in Concurs-, Subhastations- und Creditsachen werden einige Boten beibehalten werden, die übrigen werden bei dem Executionswesen mit verwendet, oder treten bei der Post als Briefträger ein.

(Köln. Z.) Durch die Eröffnung der **Berlin-Magdeburger Eisenbahn** ist der erste Schritt zu **wetteifernden Eisenbahnen** in Preußen geschehen. Bisher erfolgte die Beförderung von Berlin nach Magdeburg bekanntlich auf der anhaltischen Eisenbahn, die jetzt aber, da sie zu dieser Beförderung 1½ Stunde mehr als jene bedarf, entweder eine jährliche Einnahme von etwa 60,000 Thlrn. verlieren oder ihre Fahrpreise nach Magdeburg bedeutend herabsetzen muß. Gegenwärtig fährt auf ihr, wie bekannt, über Köthen nach Magdeburg in der dritten Wagenklasse die Person für 2 Thlr., bis Köthen beträgt der Fahrpreis 1 Thlr. 20 Sgr. Wollte die anhaltische Bahn nun wohlfeiler, als ihre Concurrenzbahn nach Magdeburg fahren, so müßte sie den Preis unter 1 Thlr. 20 Sgr. herabsetzen; dann würden aber ihre Passagiere, die über Köthen nach Leipzig gehen, sich ebenfalls Billets nach Magdeburg lösen und von Köthen aus die Magdeburg-Leipziger Bahn benutzen. Unter diesen Umständen wird der Bahn nichts Anderes übrig bleiben, als den Verlust von 60,000 Thlrn. jährlich zu tragen und denselben durch andere Mittel und Wege auszugleichen.

** **Berlin**, 9. Septbr. — Seit Anfang des Jahres wird von hier aus durch den ausgezeichneten Statistiker Herrn von Reden der Plan betrieben, einen Verein für deutsche Statistik ins Leben zu rufen. Das darauf gerichtete Programm ist zur Zeit, als es erschien, in diesem Blatte seinem wesentlichen Inhalte nach mitgetheilt und besprochen worden. Die Zwecke dieses Vereins wurden dahin angegeben, daß er „die zerstreuten Materialien zur statistischen Kenntniß der Verhältnisse des deutschen Landes, so wie des Staats- und Volkslebens in Deutschland zu sammeln, zu ordnen, zu bearbeiten und zu veröffentlichen“ bestimmt sei. Als Mittel, um diese Zwecke zu erreichen, sollten dienen die Thätigkeit der Vereinsmitglieder, die zu hoffende Unterstützung der Staatsbehörden und eine Zeitschrift, welche zugleich das Band zwischen den Mitgliedern und ein Organ zum Nutzbarmachen seiner Arbeiten wäre. Die Nothwendigkeit und Nützlichkeit eines solchen Vereins ist, seitdem der Plan bekannt geworden, von keiner einzigen Seite angefochten worden; und es gehört in der That auch nur eine oberflächliche Kenntniß dazu, um zu begreifen, wie weit die Statistik Deutschlands hinter den Forschungen und Resultaten anderer Länder zurücksteht. Man würde es z. B. kaum glaublich finden, wenn es nicht nach Urkunden gedruckt feststände, daß in unserm Staate die Zahl der größern Rittergüter und der kleinern Landgüter nach ihren verschiedenen Abstufungen nicht einmal statistisch festgestellt ist, worauf doch die Entscheidung einer der wichtigsten Fragen in Bezug auf die Culturverhältnisse des Landes, die sogenannte Dismembrationsfrage nämlich beruht; man kann demnach durchaus nicht in die Entscheidung der Frage praktisch eingehen, ob in unserm Staate die Zerstückelung des Grund und Bodens so weit vorgeschritten ist, um sie zu hemmen, oder noch so weit zurück ist, um sie zu befördern. Der Ein-

fluß statistischer Kenntnisse ist folglich an diesem Punkte sehr einleuchtend. Nicht um die Nothwendigkeit der Verbreitung solcher Kenntnisse, nachdem sie durch gemeinschaftliches Wirken durchs Volk im Wege des vorgeschlagenen Vereins erworben sind, nachzuweisen, wohl aber um den Mangel derselben noch an einem sehr überraschenden Beispiele aufzuzeigen, möge folgende Bemerkung hier stehen. In einem Promemoria, welches im Frühling 1845 bei den Berathungen der Industriellen über Schutzzoll-Erhöhung zum Grunde lag, fand sich die Notiz, daß in Preußen 15 Flachs-Maschinen-Spinnereien mit einigen 20,000 Spindeln beständen; die damals versammelten Industriellen wiesen nach, daß nur sieben solcher Spinnereien existirten, daß aber die Zahl ihrer Spindeln beinahe das Doppelte der ursprünglichen Angabe betrüge. Nichtsdestoweniger ist die falsche Angabe, die doch von competenten Kritikern berichtigt wurde, wiederum in die Gewerbstabellen und daraus in den amtlichen Bericht über die Gewerbe-Ausstellung übergegangen. Von der Lückenhaftigkeit jener Gewerbstabellen wird sich Jeder überzeugen, wenn er hört, daß für den Regierungsbezirk Magdeburg keine Runkelrüben-Zuckerfabrik angegeben ist, während daselbst einige vierzig bestehen. Doch die Nothwendigkeit und Nützlichkeit eines Vereins für deutsche Statistik hat, wie gesagt, Niemand bezweifelt, wenn er auch gerade nicht im Stande war, sich ein klares Bild von dem gegenwärtigen Mangel auf diesem Gebiete zu verschaffen. Was ist aber nun seit jener Aufforderung des Hrn. v. Reden, einen solchen Verein für und über ganz Deutschland zu bilden und auszudehnen, geschehen? Man kann behaupten, sehr viel oder sehr wenig, je nachdem man Zusicherungen uud Versprechungen hoch oder gering anschlägt. So viel steht fest, daß bisher ein eigentlich praktischer Schritt, um an das so wichtige Ziel zu gelangen, noch nicht geschehen ist, und nicht geschehen konnte, weil die bei einem so umfangreichen Unternehmen nothwendigen Vorarbeiten sich nicht in kurzer Frist abmachen ließen. Wie von unterrichteter Seite versichert wird, ist das projectirte Unternehmen von der deutschen Bundes-Versammlung, an die sich der Urheber des Plans mit der Bitte um Protektion gewendet hatte, sehr beifällig aufgenommen worden und hat auch bei den verschiedenen deutschen Regierungen Anklang und Aussicht auf Beförderung gefunden. Die Hauptsache ist und bleibt aber bei dieser Sache so wie bei jeder öffentlichen Angelegenheit, die zum allgemeinen Besten ausschlagen soll, die Theilnahme des Publikums selbst. Um diese Theilnahme zu beweisen, sind hier in Berlin im Schooße der polytechnischen Gesellschaft, welcher auch der Urheber des Plans angehört, mehrere Männer kürzlich zusammengetreten, um den Stamm des Berliner Zweigvereins für deutsche Statistik zu bilden; hoffentlich haben wir recht bald Gelegenheit, von dem weitern Fortschreiten und Gedeihen dieses Anfangs Günstiges zu melden, so wie von ähnlichen Schritten in andern Gegenden zu vernehmen. Vereinte Kraft kann Großes vollbringen.

Ꝋ **Posen**, 9. September. — Vorgestern früh sind die beiden hier stehenden Infanterie-Regimenter ausgerückt. Gestern war wieder das Gerücht von einer Versetzung derselben hier sehr stark im Gange, und zwar hieß es, das 18. und 19. Infanterie-Regiment würde gleich vom Manöverplatze seine Garnisonen mit denen des 8. und 12. Regiments wechseln; es sind jedoch zu viel politische und finanzielle Gründe dagegen, als daß wir dem lebhaft auftauchenden Gerüchte Glauben schenken könnten. Dagegen scheint es gewiß, daß die Füsilier-Bataillone beider Regimenter Garnisonwechsel haben, und zwar die bisher in Gnesen stationirten Füsiliere 18. Infanterie-Regiments in das neuerbaute Festungswerk und das Füsilier-Bataillon 19. Infanterie-Regiments, welches früher lange in Bromberg, dann seit den Unruhen 6 Wochen in Grätz, endlich zuletzt in Samter stand, nach dem Manöver nicht wieder in letzteren Ort zurückkehren, sondern wahrscheinlich nach Krotoschin kommen wird.

† **Posen**, 9. Sept. — Großes Aufsehen hat hier die erfolgte Freilassung des als politisch verdächtig verhaftet gewesenen Dr. **Gąsierowski**, des Hrn. v. **Lipski**, sowie endlich des Besitzers der Johannis-Mühle (bei dessen Grundstück die Versammlung der am 3. März Betheiligten stattfand) erregt. Wenn es noch einer Widerlegung der albernen Vergiftungsgerüchte, die zur Zeit der Bewegung in den Zeitungen cursirten, bedürfte, so würde dieselbe faktisch durch die erwähnten Freilassungen ausgesprochen sein. Man erwartet noch mehrere distinguirte Polen aus den Sonnenburger Gefängnissen zurück. Die politischen Verhaftungen haben sich in letzter Zeit nicht mehr vermehrt, wiewohl sich Herr **Duncker** wieder seit einigen Wochen hier befindet; wir haben Hoffnung, daß er Posen vielleicht bald für immer verlassen und dadurch faktisch zeigen wird, daß man keinen Gährungsstoff hier mehr vermuthet. So sehr sich auch die Immediat-Commission mit ihren Arbeiten beeilt, so ist doch kaum anzunehmen, daß dieselben bis October so weit gediehen sein werden, daß man die ganze Untersuchung dem Kammergericht wird übergeben können; zwar sind etliche Epochen z. B. das Kurniker Attentat, sowie die Betheiligung der Gefangenen vom 17. Februar ꝛc. schon vollständig absorbirt, doch ist es kaum anzunehmen, daß man anders als vollständig beendet die Voruntersuchung sämmtlicher Ereignisse dem Berliner Gerichte übergeben wird, und dies dürfte schwerlich bis October geschehen können.

**Aus der Provinz Sachsen**, 3. Sept. (Aach. Z.) Ich schrieb Ihnen zu seiner Zeit, daß die Naumburger Stadtverordneten sich in einer vorberathenden Sitzung ziemlich einstimmig gegen eine fernere Betheiligung beim Provinziallandtage ausgesprochen und daß sie auch späterhin (d. 29. Juli) in der eigentlichen Wahlversammlung, trotz der Abmahnung unseres Oberpräsidenten den Beschluß gefaßt (mit 13 Stimmen gegen 6), den Provinziallandtag nicht fürder zu beschicken. Wie zu erwarten stand, hat man von Seiten des Gouvernements diesen Beschluß nicht unbeachtet gelassen. Vor kurzem gelangte an den Magistrat jener Stadt ein Oberpräsidial-Erlaß, der der Minorität der Stadtverordneten-Versammlung aufgab, zum bevorstehenden Landtage einen Deputirten zu wählen, widrigenfalls die Stadtverordneten-Versammlung aufgelöst werden würde. In einer vorgestern stattgefundenen außerordentlichen Sitzung dieser Körperschaft hat sich nun aber die Minorität nicht nur für inkompetent dazu erklärt, sondern es ist auch überhaupt dabei der frühere Beschluß, sich jeder weitern Betheiligung beim Provinziallandtag durch Wahl eines Deputirten zu enthalten, von Neuem und zwar diesmal mit 21 Stimmen gegen 3 ausgesprochen worden. Man ist nun gespannt, ob die Auflösung der Stadtverordneten-Versammlung ohne Weiteres erfolgen wird.

**Köln**, 6. Septbr. (Barm. Z.) Die Elbfd. Z. hat die Nachricht gebracht, es sei dem hiesigen Kaufmann Franz **Raveaux** von Seiten des Regierungspräsidenten der Besuch von Bürgerversammlungen untersagt worden; diese Mittheilung muß dahin berichtigt werden, daß sich das Verbot nach der Einleitung des Schreibens nur auf die Versammlungen der bürgerlichen Untersuchungskommission bezieht.

**Köln**, 7. Septbr. Die heutigen Zeitungen enthalten Folgendes:

**Städtische Angelegenheiten.**

**Sitzung der Stadtraths vom 5. August.** Gegenstand der Berathung sind die bedauerlichen Vorfälle an den Abenden des 3., insbesondere des 4. d., an denen mehrere bereits allgemein bekannte Verwundungen und Verletzungen hiesiger Bürger stattgefunden und eine große Beunruhigung und Aufregung der Bürgerschaft verursacht haben. Auf Grund des gleichzeitig erstatteten Berichtes über die heute Vormittags der nämlichen Angelegenheit wegen bereits stattgefundene Konferenz der Militär- und Civil-Behörden, und der in Folge derselben am Nachmittage hier am Stadthause rasch gebildeten Vereinigung von Bürger-Abtheilungen zu einer unbewaffneten Bürgerschutzwache, zur Handhabung der Ordnung am heutigen Abend, spricht der Stadtrath sein Einverständniß mit dieser Maßregel aus, und erbieten die einzelnen Mitglieder sich einzufinden, um an dem dankbar erkannten Bemühen der Bürger sich zu betheiligen. Zugleich wird für zweckmäßig erachtet, eine Bekanntmachung der städtischen Behörde an die Bürgerschaft zu erlassen, zu deren Vorlage und Berathung eine weitere Sitzung auf morgen Vormittag 11 Uhr angesetzt wird.

**Sitzung vom 6. August.** Vorlage und Erörterung des Entwurfes zu der obigen Bekanntmachung. Derselbe wird auf Grund der von einzelnen Mitgliedern gemachten Bemerkungen und in Vorschlag gebrachten Aenderungen in nachstehender Fassung angenommen und die Verwaltung mit dessen sofortiger Veröffentlichung durch ein Extrablatt beauftragt.

**Köln**, 6. August 11 Uhr Vormittags. — Die Bereitwilligkeit und das Vertrauen, womit die Bürger Kölns sich der Handhabung der Ordnung unterzogen und die Gewährleistung dafür übernommen haben, hat in dem ihnen überall entgegenkommenden Vertrauen ihrer Mitbürger und in der nirgends gestörten friedlichen Ruhe der vergangenen Nacht ihren schönsten Erfolg und Lohn gefunden. Auf den nämlichen Stellen, wo in der vorhergehenden Nacht die bedauernswerthen Vorfälle stattgefunden und die allgemeinste Bekümmerniß und eine tiefe und ernste Erregung der Gemüther hervorgerufen hatten, wogte am gestrigen Abende abermals eine unabsehbare Menge Volkes durch und neben einander, jedem Wink und dem freundlichen Zureden der zur Handhabung der Ordnung freiwillig zusammengetretenen, an einem einfachen Band im Knopfloche erkennbaren Bürger Folge leistend, so dieselben und sich selbst ehrend, und des gemeinsamen Erfolges sich erfreuend. Die gestrige Bekanntmachung des General-Prokurators Hrn. Geheimen Justizrathes Berghaus und die Bereitwilligkeit, womit derselbe auf das Gesuch der Bürger und der betreffenden Familien persönlich die sofortige Vernehmung der in polizeilichem Gewahrsam befindlichen vornahm und die Freigebung der des Endes Legitimirten verfügte, haben zur Beruhigung der Gemüther auf das Wirksamste beigetragen. Der Stadtrath und die Verwaltung sind ihrerseits hoch erfreut, diese Erfolge zur öffentlichen Kenntniß zu bringen und verbinden damit in Bezug auf die vom Herrn General-Prokurator angekündigte schleunige gerichtliche Untersuchung, Ermittelung und Bestrafung der Schuldigen, auf welche Seite diese auch sein mögen, die Bitte, daß unsere Mitbürger dem Ergebniß der im gesetzlichen Wege eingeleiteten Untersuchung mit Ruhe und Vertrauen entgegensehen mögen. Der Oberbürgermeister Steinberger.

**Sitzung vom 12. August.** Die von mehreren Seiten nochmals zur Sprache gebrachten bedauerlichen Vorfälle am 3ten und 4ten d. Mts. und der vielfach unterstützte Antrag eines Mitgliedes, dieselben mittelst einer der Wahrheit, so weit solche vom Stadtrath hat ermittelt werden können, überall getreuen Darstellung unmittelbar zur Kenntniß Sr. Maj. des Königs zu bringen, führen zu einer umfassenden und reiflichen Erörterung der Nothwendigkeit und Schicklichkeit dieses Schrittes, so wie derjenigen besonders hervorgehobenen Momente, welche bei dieser hochwichtigen Angelegenheit vorzugsweise zu erwägen und zu berücksichtigen sein werden. Als einer dieser Hauptmomente wird besonders der Umstand hervorgehoben, daß einer so wichtigen Maßregel keinerlei Art von Bekanntmachung noch Verwarnung an die Bürgerschaft vorhergegangen, obwohl hinreichende Zeit dazu vorhanden gewesen, und bei geringen Veranlassungen solche Anzeigen immer stattfinden. Der Stadtrath, nach reiflicher Erwägung, ertheilt dem obengestellten Antrage seine Zustimmung und soll in einer baldigst anzuberaumenden Sitzung der desfallsige Entwurf vorgelegt und erörtert werden.

**Sitzung vom 14. August.** Der Entwurf der Immediat-Vorstellung an Se. Maj. den König wird vorgelegt und nach reiflicher Erörterung und Berathung angenommen.

**Sitzung vom 1. September.** Der Oberbürgermeister giebt dem Stadtrath Kenntniß von einer ihm am Samstag von einer großen Anzahl Bürger hier am Stadthause überreichten Vorstellung, worin mit Bezugnahme auf die verschiedenen Bekanntmachungen der Behörden über die bedauerlichen Vorfälle vom 3ten und 4. August, namentlich die des Herrn General-Prokurators vom 28sten v. M. die Bitte ausgesprochen wird, daß die städtischen Behörden irgend einen offiziellen Schritt thun, um dem auswärtigen Publikum die Ueberzeugung beizubringen, daß die Bürger Kölns und ihre städtischen Behörden noch eben so fest und unauflöslich vereinigt Hand in Hand gehen, als an dem ewig denkwürdigen Tage des 5. August. — **Der Stadtrath ist der Meinung:** 1) daß es angemessen sei, die königl. Regierung ehrerbietigst darauf aufmerksam zu machen, daß durch die verschiedenen Bekantmachungen der Behörden über die Ereignisse vom 3. und 4. August letzthin dem Ergebnisse der schwebenden Untersuchung in einer Weise vorgegriffen werde, daß die Bürger nicht ohne Grund dadurch sich verletzt fühlen, und deswegen um so mehr von Seiten des städtischen Vorstandes die Vermittelung der königl. Regierung angesprochen werden müsse, als unverkennbar durch dieselben immer neuer Grund zu Aufregung und Besorgniß gegeben werde. 2) Daß den Unterzeichnern der Vorstellung geantwortet werde, daß der Stadtrath und die Verwaltung nicht versäumt haben, durch die am 18. August abgegangene Immediat-Vorstellung an Se. Majestät den König und auf jedem sonst angemessenen Wege ihrerseits den Hergang der Sache in einer der Wahrheit, in so weit sie solche ermitteln konnten, überall getreuen Weise darzustellen, und daß die nun vorliegende Veranlassung den Stadtrath bewogen habe, die Vermittelung der königl. Regierung zu dem Zwecke anzusprechen, daß wo immer möglich vermieden werde, durch weitere Bekanntmachungen erneuerten Grund zu Besorgnissen und Unzufriedenheit zu geben. 3) Daß die Verhandlungen des Stadtrathes in dieser Angelegenheit sofort durch die Zeitungen veröffentlicht werden sollen.

## Deutschland.

(A. Z.) Nach neuesten Nachrichten soll auf dem Berliner Zoll-Congreß vor dessen Auseinandergehen die Gestattung der **zollfreien Einfuhr des Mehls** beschlossen worden sein. Nämlich wie die Zollvereinsstaaten schon vor einiger Zeit festgesetzt, daß, wenn das Malter Korn 12 Gulden oder mehr in einem Zollvereinsstaate koste, dessen Regierung berechtigt sein solle, das Getreide völlig zollfrei ins Land gehen zu lassen, so ist nun auch das völlig zollfreie Einbringenlassen des Mehls beschlossen und den betreffenden Regierungen anheimgegeben. Die amtliche Bekanntmachung dieses Beschlusses und seine Ausführung wird nur durch die noch nothwendigen Ratificationen hinausgeschoben.

**Vom Rhein**, 2. Sept. (A. Z.) Im Nassauischen ist es zu einem ziemlich lebhaften Conflict zwischen dem Bischof von Limburg und dem herzogl. Minister von Dungern gekommen. Schon lange drohte derselbe auszubrechen, da der Minister die Errichtung der durch das Concil von Trident vorgeschriebenen Erziehungs-Anstalt für künftige Geistliche, die Einführung der barmherzigen Schwestern ꝛc. hinderte. Ein Anlaß von vielleicht viel geringerer Bedeutung hat nun die Spannung aufs äußerste gebracht. Der Bischof hatte dem Vernehmen nach auf einer Rundreise durch einen Theil seiner Diöcese Erfahrungen gemacht, die ihn die Einführung von sogenannten Exercitien (wie sie schon in

andern Diöcesen bestehen) für nothwendig halten ließen, d. h. die Geistlichen kommen nach und nach in gewisser Anzahl auf mehrere Tage nach dem Sitz des bischöflichen Ordinariats, um unter Leitung eines bewährten Geistlichen Retraite zu halten und gewissen geistlichen Uebungen obzuliegen. Der Bischof hatte zu diesem Behuf einen Geistlichen der Diöcese Münster, Hrn. Westhof, zur Leitung der Exercitien (wie derselbe sie auch in der Diöcese Trier abgehalten) zu sich gebeten. Der Minister hat aber erklärt, daß der preuß. Geistliche das Land nicht betreten dürfe. Dem Vernehmen nach ist jedoch Hr. Westhof schon in Limburg eingetroffen.

Dessau, 1. Septbr. (Aach. Z.) Am 15. Septbr. erwarten wir hier eine Generalversammlung der Actionäre der deutschen Bank. In derselben soll eine definitive Direktion gewählt, das nöthige Arrangement getroffen und dann unverzüglich mit der Geschäftseröffnung begonnen werden.

Altona, 7. Sept. (H. N. Z.) Endlich ist auch im heutigen „Mercur" ein amtliches Verbot der Nortorfer und, wenn man will, auch jeder anderen Versammlung enthalten. Aber es ist wieder kein Grund zum Verbote (etwa revolutionaire Zwecke, Illegalität u. dgl.) und auch keine Strafe für die Uebertreter desselben angegeben. Zwar sind die Beamten dahin angewiesen, alle „ihnen zu Gebote stehenden Mittel" zur Aufrechthaltung des Verbotes anzuwenden; aber wie nun, wenn ihnen eben keine andere Mittel zu Gebote gestellt würden, als die, über welche am 20. Juli der Amtmann in Neumünster zu verfügen hatte, und die jeder Unbefangene gleich Null erklären wird?

Kiel, 7. Septbr. (A. M.) Die an einigen Abenden gestörte Ruhe in hiesiger Stadt ist seit mehreren Tagen vollkommen wieder hergestellt, wogegen in Rendsburg vorgestern Abend wieder ein arger Straßentumult vorfiel, in Folge dessen sich auch dort die Bürger selbst für Erhaltung der Ruhe thätig bewiesen haben. Man erwartete daher auch keine Wiederholung von Excessen. — Die Untersuchungs-Commission des holsteinischen Ober-Criminalgerichtes, aus den Räthen Malmroes und Thaden bestehend, welche mit Beziehung auf die Angelegenheit des Hrn. Th. Olshausen diesen selbst vorgestern in Rendsburg vernommen hat, befindet sich jetzt hier um weitere Untersuchungsverhöre anzustellen. Für die Freilassung Olshausen's ist eine Vorstellung von beinahe 800 hiesigen Einwohnern an das Ober-Criminalgericht eingesandt (s. uns. gestr. Z.). In der heutigen Versammlung des landwirthschaftlichen Vereins zu Wilhelminenhöhe ist ein Duplicat jener Vorstellung mit zahlreichen Unterschriften von Landleuten versehen und geht ebenfalls nach Glückstadt ab. — Die zur Untersuchung gegen die Herren Beseler und Dr. Lorenzen ernannte Commission des Ober-Criminalgerichtes wollte in diesen Tagen ihre Sitzungen in Neumünster beginnen, welches jedoch ohne vorherige Rückkehr jener ersteren Commission nach Glückstadt nicht möglich sein wird, weil sonst das Oberdicasterium die beschlußfähige Anzahl von Mitgliedern gar nicht zur Stelle haben würde. — Das Amt Neumünster hat eine Deputation nach Föhr geschickt, um Se. Majestät dem Könige eine Bittschrift, daß der Graf von Brockdorff als Amtmann wieder eingesetzt werde, zu überreichen. Die Deputation ist gestern gereiset und hofft man in Neumünster auf einen günstigen Erfolg, da auch die Bittschrift von allen dermalen zur Stelle befindlichen Grundbesitzern des Fleckens und Landdistrictes ohne Ausnahme unterschrieben war.

Sonderburg, 4. Septbr. — Heute Nachmittag traf die Königin mit dem Dampfschiffe „Hekla" hier ein, wurde von Allerhöchstihrem Bruder, dem Herzoge von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg und den Prinzen an der Schiffbrücke empfangen und begab sich sogleich nach Augustenburg.

Hamburg, 7. Sept. (H. N. Z.) Graf Moltke auf Nütschau, der sich in der unmittelbaren Umgebung des Königs auf Föhr befindet, machte vor einigen Tagen auf der Kiel-Altonaer Eisenbahn eine Tour. Bei dieser Gelegenheit habe er, heißt es, sich bei mehreren notabeln, den politischen Angelegenheiten sonst ziemlich fernstehenden Männern nach der Stimmung in Schleswig-Holstein erkundigt.

Hamburg, 7. Sept. (L. Z.) Das Cabinet der Tuilerien muß den Kieler Hafen gegenwärtig mit ganz andern Augen ansehen, als bislang. Seit einiger Zeit ist in Kiel von Hrn. Guizot ein besoldeter französischer diplomatischer Agent angestellt.

Hannover, 6. Sept. (H. N. Z.) Hier ist gegenwärtig eine tüchtige Adresse an die Schleswig-Holsteiner und Lauenburger in Umlauf gesetzt. Wie wir hören, hat sie zum Verfasser den Dr. Nicol. Noch sei bemerkt, daß die Militairmusiken auf öffentlichen Gärten „Schleswig-Holstein meerumschlungen" spielen.

## Oesterreich.

Wien, 2. Sept. (Schw. M.) Der Prinz Wasa befindet sich zur Zeit in Oldenburg, wohin er eiligst, wie es scheint in Folge einer geschehenen Einladung, statt des früher beschlossenen Ausflugs nach Ischl, abgereist ist. Man vermuthet, daß daselbst Conferenzen der Agnaten hinsichtlich der holstein-schleswigschen Angelegenheit gepflogen werden.

## Dänemark.

Kopenhagen, 5. Septbr. — Die „Berlingsche Zeitung" giebt heute aus Wyck vom 3ten die amtliche Nachricht. daß Se. Majestät den 10ten d. von dort nach Schleswig abzureisen gedenken, wo sie den folgenden Tag verbleiben und sich dann den 12ten über Rendsburg und Neumünster nach Plön begeben wollen. — Dieselbe Zeitung theilt auszüglich einen in den Nummern 32 und 33 des Wochenblattes „Beobachter am Sunde" enthaltenen Aufsatz des Dr. Ostwald mit, in welchem dieser zu zeigen bemüht ist, daß die weiblichen Linien der souverainen deutschen Fürstenhäuser in der Regel, nach dem jetzt geltenden Rechte, Ansprüche an die Thronfolge haben, wenn der Mannsstamm ausgestorben ist, so daß die subsidiaire Erbberechtigung überhaupt gegenwärtig als Regel für die Thronfolge in den deutschen Ländern gilt, und demnächst, in wiefern die weiblichen Linien des dänischen Königshauses zur eventuellen Thronfolge in Holstein berechtigt sind.

## Russisches Reich.

α—ω Warschau, 7 September. — Der Ukas vom 26. Mai (7. Juni) d. J., welcher den Bauern des Königreichs Polen vielfache Vergünstigungen gewährt, hat hier theils Unzufriedenheit, theils Zufriedenheit erregt. Unzufriedenheit, wie sichs schon von selbst versteht, bei dem hiesigen Adel, der jetzt nicht mehr mit derselben Willkür als früher seine Bauern behandeln darf, und bei letzteren aus eben demselben Grunde Zufriedenheit. Demungeachtet ist letzteren durch den genannten Ukas nicht eben viel gewährt worden. Sie dürfen zwar nicht mehr wie früher nach dem Gutdünken des Gutsherrn von dem von ihnen bebauten Grunde fortgetrieben werden, sobald sie nur ihre Verbindlichkeiten erfüllen, auch darf ihnen jener nicht mehr willkürlich Lasten auferlegen; doch wird ihnen hierdurch weder Eigenthum, noch Freiheit von Frohndiensten gewährt. Letztere bleiben sogar die unerläßliche Bedingung, durch deren Erfüllung sie sich ein Recht an der Nutznießung eines bestimmten Ackergrundstücks erwerben. Doch dem sei wie ihm wolle, das russische Gouvernement hat durch dieses Wenige seine Absicht erreicht. Jetzt ist der Bauer zufrieden mit dem, was ihm die Regierung gewährt, er ist für dieselbe deshalb enthusiasmirt. — Der Fürst Statthalter ist am 2ten d. Mts. aus Wilno angekommen. Man ist hier allgemein gespannt auf die Ergebnisse seines Aufenthaltes in Litthauen, indem man nicht mit Unrecht erwarten kann, daß einige Todesurtheile, Verbannungen, Güter-Confiscationen u. dgl. m. dazu gehören. — Den 3ten d. M. beging man hieselbst den zwanzigsten Jahrestag der Krönung des Kaisers und der Kaiserin zu Moskau. Daß an demselben Gottesdienst, Gratulationen, Illuminationen u. dgl. m. in Menge stattgefunden, werden Sie ohne besondere Versicherung glauben. Nur das ist hervorzuheben, daß diesmal eine weit größere Theilnahme (man möchte fast sagen Enthusiasmus) an denselben sich kund gegeben, als in früheren Jahren. So ist die heutige polnische Nation — leicht erregbar, und ohne Schwierigkeit aus einem Extreme in das andere übergehend.

## Frankreich.

Paris, 5. Sept. — Sämmtliche hiesige, und auch eine bedeutende Zahl fremder ausländischer homöopathischer Aerzte haben sich gestern zu einem medizinischen Congresse hier versammelt.

Nach dem Esprit public scheint die nächsthin stattfindende Conferenz der Zellengefängnißmänner zu Frankfurt a. M. auch von den hiesigen Partisanen des Schweigsystems zahlreich besucht zu werden.

## Großbritannien.

London, 4. Sept. — Vorgestern fand in Sheffield ein Fest zur Feier des Durchgehens der großen Freihandelsmaßregeln der letzten Session statt. Es wohnten demselben, außer Lord Morpeth, auch der Admiralitätssekretair Ward und der Schatzsekretair Parker bei. Die Reden dieser 3 Minister und Beamten waren natürlich alle im entschiedensten Freetrade-Sinn. Lord Morpeth besonders sprach sehr enthusiastisch von den Segnungen, welche das Prinzip des Einkaufens auf dem billigsten und Verkaufens auf dem theuersten Markte über die Welt bringen müsse, abgesehen von dem unmittelbaren Profit, den es in die Taschen der damit Handelnden spiele. Der Anfang seiner Rede enthielt übrigens folgenden, für deutsche Staatsmänner hiemit zur Nachachtung empfohlenen Satz: „Eine Lehre hat uns unser Präsident in seiner Rede gegeben, die ich meinestheils weit entfernt bin zu verwerfen. Er hat uns gesagt, es sei die große Pflicht der Regierungen, das Volk sich selbst zu überlassen. Nur ich, der ich weiß, wie viel das Volk stets gethan, und wie es dies so gut gethan, ich bin vollkommen zufrieden mit dem von meinem werthen Freunde ausgesprochenen Wunsche, und ich wünschte, die andre Hälfte der Welt nähme ihn auch an, — das Volk allein handeln zu lassen, es seine eigenen Geschäfte selbst führen zu lassen; denn das Volk thut sich besser ab, als wenn die Regierungen und Gesetzgebungen sich einmischen, wie man die verwickelten Angelegenheiten eines Landes gleich den unsrigen zu leiten hat, bleibt den Verwaltungsbehörden immer noch vollauf zu thun. — Vorgestern fand in der London-Taverne eine für die Journalwelt interessante Festlichkeit statt, nämlich ein Banket, das dem Eigenthümer und den Redacteuren der Times von dem Comité gegeben ward, das an der Spitze der (schon erwähnten) Subscription für ein Times-Testimonial gestanden hatte. Der Lord-Mayor führte den Vorsitz bei dem Bankett, dem mehrere Notabilitäten der City, als z. B. der Gouverneur der Bank, Baron Lionel Rothschild, die Banquiers und Parl.-Mitgl. Masterman und Baring u. a. m. beiwohnten. Die dabei ausgebrachten Toaste zu Ehren des Hrn. Walter und seines großen Organs, so wie der Redakteure desselben (von denen die beiden hauptsächlichsten, Delane und Alsager, ebenfalls Reden hielten) waren voll der Lobeserhebungen für die Verdienste, welche sich die Times erworben. Die hohe Stellung der Presse überhaupt und ihre ungeheure Bedeutung in den modernen Staaten, ward dabei allgemein anerkannt, und das bekannte Wort Sheridans: „Gebt mir eine freie Presse, und ich will einem Minister ein käufliches Oberhaus, ein bestochenes und serviles Unterhaus u. s. w. geben, und will ihn doch mit der bloßen Waffe der freien Presse von seiner Höhe herabstürzen und ihn unter den Ruinen seiner Mißbräuche begraben" — ward mit vielem Beifall aufgenommen.

Die Blätter dieses Tages enthalten wenig von allgemeinem Interesse. Die ostindische Landpost (s. unsere vorgestr. Ztg.) hat Berichte aus Bombai vom 18. Juli gebracht, deren Inhalt aber (wie bereits gemeldet) nicht von Bedeutung ist. Soondur Singh, der durch die Briten entsetzte Killadar der Feste Kote Kangra, ist von dem Durbar von Lahore mit großer Auszeichnung empfangen worden, welcher Umstand auf die Gesinnung der Sikhbehörden gegen die Briten ein sehr helles Licht wirft. Von Kabul gehen die Berichte bis zum 12. Mai. Mohamed Akhbar Khan war am 13. April bei seiner Rückkehr von Jellalabad von seinem Vater Dost Mohamed Khan sehr ausgezeichnet empfangen. Eben so glänzend wurde am 4. Mai ein außerordentlicher Gesandter des Königs von Persien empfangen, der von diesem abgeschickt worden war, um den Emir und alle Häuptlinge von Afghanistan zu bereden, noch einmal zusammenzutreten und Feindseligkeiten gegen die Briten vorzubereiten. Diese Eröffnung wurde von Allen, deu alten Dost Mohamed ausgenommen, mit großem Beifall aufgenommen.

## Spanien.

Madrid, 30. August. — Der Clamor publico veröffentlicht folgende Declaration der progressistischen Partei: Die progressistische Partei, welche stets die Vermählung Ihrer Majestät der Königin, so wie deren Schwester, der Infantin Donna Maria Luisa Ferdinanda, mit liberalen, spanischen Prinzen unterstützte, drückt hiermit die Hoffnung aus, daß sie (die Partei) sich in ihren Erwartungen nicht getäuscht sehe und daß sich die erlauchten Prinzessinnen nicht von der Bahn entfernen mögen, die bisher mit so vielem Glück von ihnen eröffnet wurde. Sie beklagt, eine Verbindung, die für das Vaterland eine Lebensfrage werden dürfte, als aufrichtige Freundin der liberalen Staatsinstitutionen von allen denjenigen Mitgliedern der Cortes nicht gebilligt sehen zu können, welche der Ausdruck des wahren und gesetzlichen Willens der Bevölkerung Spaniens seien. Sie (die Partei) hegt keinen Zweifel, daß ein so wichtiges Ereigniß, wie die Vermählung Ihrer Majestät, zum Anfangspunkt einer Aera der Gesetzlichkeit, Toleranz und Gerechtigkeit für Spanien werde und jede Spur von einer gewaltsamen und willkürlichen Regierung von nun an verschwinde. Indem daher die progressistische Partei die Wahl Ihrer Majestät mit Freuden begrüßt und in ihr ein Zugeständniß der öffentlichen Meinung erblickt, drückt sie vom Geiste der Nationalität belebt, den innigen Wunsch aus, beide erlauchte Töchter Ferdinand VII. mit den beiden ältesten

Söhnen des Infanten de Paula's gleichzeitig vermählt zu sehen. — Die progressistische Partei, ächt spanisch-liberal, wird demzufolge durch alle gesetzliche Mittel die Candidatur des Herzogs von Montpensier zurückstoßen, die Frankreichs Regierung der Infantin auflegte.

## Schweiz.

Waadt. Wir können aus guter Quelle versichern, daß der waadtländischen Regierung nichts von einer Geldanerbietung Frankreichs wegen Abtretung des Dappenthales bekannt ist.

Bern, 3. Sept. (S. M.) Gestern ertheilte der große Rath in Bern für alle politischen Vergehen vollständige Amnestie.

## Italien.

Rom, 28. Aug. (Rh. B.) Als am verflossenen Dienstag (25. l. M.), am Festtag des heiligen Ludwig, der heilige Vater die Kirche S. Luigi dei Francesi verließ, geleitete ihn Graf Rossi, welcher von seinem ganzen Botschaftspersonal in großer Uniform umgeben, dastand, nicht nur bis zum Wagen, sondern machte persönlich den Wagenschlag auf und ließ sich öffentlich auf beiden Knieen nieder, um den Segen des Papstes zu empfangen. Dergleichen Einzelnheiten zeigen am besten, auf welche Art der Ex-Carbonaro sich als französischer Botschafter in Rom beliebt zu machen versteht. Hätte Hr. Rossi nicht so bereitwillig die Rolle des verlorenen Schafes, das den Heerdestall wieder findet, übernommen, er hätte nicht einen Monat lang auf dem glatten Boden der römischen Politik sich aufrecht halten können. So aber besitzt er heute unleugbar mehr Einfluß, als jeder andere fremde Gesandte, was sich schon dadurch erklärt, daß er den Papst in der Absicht bestärkte, den Kardinal Gizzi zum Staatssekretär zu ernennen. Und als der Kardinal Gizzi schon daran war, seine Entlassung zu begehren, weil er sich nicht fähig glaubte, den Widerstand des heiligen Kollegiums gegen seine eigene Ernennung zu beschwören, war es Graf Rossi, welcher in den Papst drang, dem heiligen Kollegium die Spitze zu bieten und den Kardinal Gizzi am Staatsruder zu bewahren. Kein Wunder also, wenn gegenwärtig Kardinal Gizzi den Grafen Rossi als seinen Rathgeber und Freund betrachtet, mit dessen Hülfe er alle Klippen zu umfahren hofft. — Andererseits muß man gestehen, daß der freie Spielraum, welchen die französische Regierung dem Grafen Rossi gewährt, dessen Stellung allhier ungemein consolidirt. Während die Repräsentanten der übrigen Höfe Nichts auf sich nehmen können, ohne die Sache an ihre respectiven Regierungen zu referiren und sich bestimmte Verhaltungsbefehle darüber zu erbitten, verspricht Graf Rossi sofort Alles, was der Papst oder Kardinal Gizzi vom Hof der Tuilerien wünschen, und was noch bemerkenswerther erscheint, beeilt sich das Kabinet der Tuilerien, das Versprechen des Grafen Rossi ohne Weiteres zu modifiziren. So hatte kürzlich der Papst dem Grafen Rossi den Wunsch geäußert, einen Theil der Sträflinge, welche in den Gefängnissen des Kirchenstaates sitzen und wovon die meisten mehr durch Müssiggang als durch Hang zum Verbrechen dahin gebracht wurden, nach Algerien als Kolonisten transpotiren zu lassen. Alsogleich beauftragte Graf Rossi den Prinzen von Broglie, seinen ersten Botschafts-Sekretär, mit Monsignor Santucci, Chef des Departements der auswärtigen Angelegenheiten, die nöthigen Konferenzen zur Abschließung einer diesfälligen Konvention zwischen beiden Regierungen zu eröffnen. Und erst als diese Konferenzen so weit gediehen, um ein erwünschtes Endresultat zu versprechen, legte Graf Rossi die Frage seiner Regierung unter, im Voraus überzeugt, daß man in Paris Alles, was er gethan hat, ratifiziren werde. Es ist leicht, einen bedeutenden Einfluß in Rom zu gewinnen, wenn man thatsächlich beweist, daß man in Paris allmächtig ist. Welche untergeordnete Rolle spielen nicht hier die meisten fremden Gesandten im Vergleich mit jener des Grafen Rossi? Man behauptet, daß eben darum Graf Lutzow, der österreichische Botschafter, der früher, wie er zu sagen pflegt, faisait à Rome la pluie et le beau temps, seine Stellung jetzt so erschwert findet, daß er im nächsten Monat die Reise nach Wien antreten wird, um vom Fürsten Metternich eine andere Bestimmung zu erwirken. Einem noch unverbürgten Gerüchte zufolge sollen die Häupter der sogenannten liberalen Partei, um ihre Anhänglichkeit an Pius IX. vollends zu bewähren, den Plan eines revolutionären Aufstandes, der, unter dem vorigen Papst vorbereitet, im Sommer dieses Jahres in der Romagna ausbrechen sollte, freiwillig dem Kardinal Gizzi eröffnet und sich angeboten haben, die bisher verborgen gehaltenen Waffen auszuliefern. Man glaubt, die liberale Partei habe sich zu diesem Schritt bewogen gefühlt, um der päpstlichen Regierung jede Besorgniß für die Zukunft, im Falle, wo die Schweizer Truppen verabschiedet würden, wie es der Wunsch des Landes ist, zu benehmen.

Das Umlaufschreiben des Kardinals Gizzi über die bereits erwähnten Maßregeln zur Verbesserung des Erziehungswesens theilt jetzt die „Allg. Ztg." ausführlich in der Ursprache mit. (s. uns. gestr. Zt.) Das Aktenstück schickt die Bemerkung voraus, daß zur Verhütung der so häufigen Vergehen und Verbrechen namentlich eine bessere Erziehung der arbeitenden Klassen und Abhaltung der Erwachsenen von Müssiggang Noth thue. Es soll deßhalb die Jugend mit öffentlichen Arbeiten beschäftigt, andererseits für Erweiterung der bürgerlichen und religiösen Erziehung der untern Volksklassen Sorge getragen werden. Wünschbar sei auch die Errichtung einer Handwerker- und Militärschule in Rom selbst. Ueberall solle zu diesem Behufe außer der bischöflichen Behörde auch die Mitwirkung der städtischen und Provinzialräthe, namentlich auch wegen der nöthigen Fonds, in Anspruch genommen werden, zu denen der Staatsschatz nach Kräften beitragen werde. Das Dokument schließt mit folgendem politischen Glaubensbekenntniß: „Diese in Religion, sittlicher und bürgerlicher Rücksicht gleich erfolgreiche wohlthätige Verordnung liefert einen neuen Beweis des Eifers, mit welchem Se. Heiligkeit das wahre, thatsächliche und praktische Heil seiner geliebten Unterthanen zu fördern strebt. Se. Heil. ist überzeugt, daß nur auf diesem Wege die Wohlfahrt seiner Staaten zu erreichen sei, nicht aber durch Annahme gewisser Theorien, welche ihrem Wesen nach auf Lage und Art des Kirchenstaates nicht anwendbar sind, oder durch Anschließen an gewisse Tendenzen, denen Se. Heiligkeit gänzlich fern steht: Theorien und Tendenzen, welche von der besonnenen Mehrzahl mißbilligt werden, und offenbar jene innere und äußere Ruhe gefährden müßten, deren jede auf die Wohlfahrt ihrer Unterthanen bedachte Regierung nicht entrathen kann."

## Amerika.

Mexico, 30. Juli. (B.-H.) Zu dem neuen, von dem Vice-Präsidenten Bravo gewählten Ministerium gehört auch Antonio Garay, der die Finanzen übernehmen soll, und auf dessen große Geschicklichkeit man rechnet. Garay aber will nicht anders eintreten, als unter der feierlichen Zusage der andern Minister und des Präsidenten: 1) mit den Vereinigten Staaten Frieden zu machen, 2) einen neuen, auf liberale Principien basirten Congreß zu berufen. Damit hofft man sowohl den äußern Feind zu beschwören, als die innern Parteien zu besänftigen.

Die Times theilen ein Schreiben aus Mexico vom 30. Juli mit, aus welchem man ersieht, daß Paredes am 28. Juli dem Vice-Präsidenten, General Bravo, die Regierung übergeben, und daß dieser sich noch an demselben Tage in dem Congresse mit einer Rede eingeführt hat, in welchen er in kurzen Worten die schwierige Lage der Dinge schildert und zur Einigkeit, so wie zu energischer Fortführung des Krieges gegen die Ver. Staaten auffordert. Alle Minister hatten, als Paredes das Ruder aus den Händen gab, ihre Entlassung genommen, und es wurde nun über die Bildung des neuen Ministeriums unterhandelt. (S. oben.) Paredes stand im Begriff, angeblich das Commando über das gegen die Amerikaner bestimmte Heer zu übernehmen, in der That aber zunächst gegen die Insurgenten von Guadalajara zu Felde zu ziehen. Bevor er dem Vice-Präsidenten die Regierung übergab, hatte er eine Verordnung, enthaltend die Bestimmungen über die Ausgabe von Kaperbriefen gegen amerikanische Schiffe erlassen; man wird annehmen dürfen, daß nur Sclavenhändler und anderes Banditenvolk in Havana sich um mexicanische Kaperbriefe bewerben wird. — Wenige Tage vor seinem Abgange hatte Paredes auch noch eine General-Amnestie für politische Verbrecher erlassen.

---

## Miscellen.

Berlin. — Ein direkt hier eingegangenes Handelsschreiben aus Galveston (Texas), vom 3ten v. M. enthält folgende Warnung: „Sollten Sie etwa hören, daß einige unserer Landsleute sich der deutschen Colonie in Texas anschließen wollen, so rathen Sie ihnen ab das Geld dem Verein einzuzahlen. Ein großer Theil der Getäuschten bekommt die Colonie gar nicht zu sehen, die meisten sterben Hungers in Indian Point, bis wohin man sie schafft und sie dort ihrem Schicksal überläßt. Da sie ihr eingezahltes Geld nicht zurückerhalten, so bleibt ihnen keine Wahl, als in der Wildniß zu verbleiben. Die Beamten des Vereins kommen gar nicht zum Vorschein. Ueberdies ist es noch zweifelhaft, ob das sogenannte Vereinsgebiet überhaupt selbst, wenn es die Auswanderer erreichten, angebaut werden kann, da es bis jetzt noch den Indianern gehört. Von hier (Galveston) nach Braunfels sind beinahe an 400 engl. Meilen, die Wege so gut, wie unfahrbar, dabei 10 größere und kleinere Gewässer zu passiren, was 3 Monate im Jahre gar nicht möglich ist. (Voss. Z.)

Leipzig, 9. Sept. — Die gestern von mehren Seiten uns gemachte Mittheilung über einen angeblichen Feuerlärm in Quandt's Hofe wird uns heute als eine durchaus irrige bezeichnet. (D. A. Z.)

Hamburg, 7. Sept. — Die politischen Zustände in unsern Nachbarländern sind der bevorstehenden Versammlung der Naturforscher in Kiel nicht günstig. Wer kann wissen, ob nicht Ereignisse eintreten dürften, die sie diesmal vertagen könnten; dem Forscher der Menschennatur bieten die Herzogthümer jetzt und für die nächsten Tage Gelegenheit zu Beobachtungen genug dar. Zum Empfange der Gäste werden in Kiel die nöthigen Anstalten getroffen, die Bürger der Stadt werden sich ihnen zuvorkommend und gastfrei erweisen. Stoff zur Unterhaltung bringen die Meisten mit, daher wird man ihnen wenig Zwang auflegen durch Ueberladung des Festprogramms. Was an Theater, Bällen, Concerten geboten werden kann, ist wenig; der „Paulus" soll aufgeführt werden. Einige Ueberraschungen werden nicht fehlen. — Für das nächste Jahr wird wohl Leipzig der Sammelplatz sein, bei der Feier des 25jährigen Stiftungsfestes wird daselbst dann der Antrag gestellt werden, die Versammlung auf alle zwei Jahre festzusetzen. Die Herren Naturforscher scheinen zu glauben, sie möchten in den deutschen Städten zu oft Anspruch auf das Gastrecht machen.

---

# Schlesischer Nouvellen-Courier.

## Tagesgeschichte.

†† Breslau, 11. September. — Die Zeitung für Preußen knüpft an die Eröffnung der Berlin-Breslauer Eisenbahn die Hoffnung, daß „sie auch auf den abgesonderten Schlesischen Provinzialgeist von nicht geringem Einflusse sein und ihn in mancher Beziehung lüften werde. Für Berlin aber", fährt das Blatt fort „ist es ein großer Vortheil, daß seinen Bewohnern dadurch die schönen landschaftlichen Thal- und Gebirgsgegenden Schlesiens so nahe gebracht werden." — Bisher glaubten wir, der geistige Einfluß, von dem die Eröffnung der Eisenbahn begleitet ist, werde ein gegenseitiger sein. Der Berliner Correspondent der Zeitung für Preußen ist aber so gütig, denselben uns Schlesiern ganz und ungeschmälert zukommen zu lassen. Den Berlinern fehlt gar nichts, ausgenommmen „die schönen landschaftlichen Thal- und Gebirgsgegenden" also eine „scheene Jegend", uns dagegen Luftung, „Luft".

---

** Leubus, 9. September. — Die Güterexpedition der Niederschlesisch-Märkischen Bahn giebt zum öftersten Anlaß zu gerechten Klagen. Nach §. 10 des Betriebs-Reglements sollen kleinere Packete zwei Stunden vor dem Abgange eingeliefert und befördert werden. Für die Herren Expedienten ist es nun bequemer, recht früh abzuschließen, so daß öfter Waaren, welche noch früher als zu der vorgeschriebenen Zeit abgeliefert werden, liegen bleiben. Dadurch erwächst dem hiesigen Publikum ein nicht geringer Schaden, weil der Post-Cours zwischen Maltsch und hier von der Art ist, daß, wenn wir die später eintreffenden Güter schnell an Ort und Stelle haben wollen, wir uns eine eigene Fuhre nehmen müssen.

---

** Schweidnitzer Kreis, 10. Sept. — Nach einem anderthalbjährigen Interimistikum ist die hiesige Landrathstelle wieder besetzt worden durch den königlichen Regierungs-Assessor von Gellhorn, den Sohn des frühern Landraths, nachdem seine Besitzung in Arnsdorf durch königl. Kabinetsbefehl zum Rittergut erhoben war. Im Waldenburger Kreise dauert die Vacanz des Landrathpostens und die interimistische Verwaltung schon ins dritte Jahr fort, und es fragt sich, ob die Stände bei dem Mangel an ihnen beliebten Candidaten sobald von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen werden. — In diesen Tagen beginnen auch in unserer Nähe die Vorübungen zum Manoeuvre, und es heißt, daß der König den 29sten d. M. nach Schweidnitz kommen werde. Die Fürstin von Liegnitz hat bekanntlich dort mehrere Tage verweilt und Ausflüge nach der Umgegend gemacht; man erzählt sich, daß es ihr in hiesiger Gegend sehr gefallen habe, und daß sie beabsichtige, hier ein paar Güter anzukaufen. — Auch in unserm Kreise ist die Kartoffelkrankheit sehr bemerkt worden, und bei den hohen Preisen der Lebensmittel sieht der Arme nicht ohne Zagen den Winter entgegen.

---

Oppeln. (Amtsbl.) Im Bereich des königlichen Ober-Landes-Gerichts zu Ratibor wurden ernannt: der Secretair und Canzlei-Director Maaße, beim Land- und Stadt-Gericht zu Oppeln, zum Ober-Landes-Gerichts-Secretair; der Justitiarius Jonas, zum unbesoldeten Assessor des Land- und Stadt-Gerichts zu Ratibor; der Ober-Landes-Gerichts-Journalist Sacher, zum Ober-Landes-Gerichts-Secretair; der Ober-Landes-Gerichts-Canzlist Schach, zum Canzlei-Secretair; der invalide Unterofficier Gottlieb Ulbrich, interimistisch zum Gerichtsdiener und Executor beim Land- und Stadt-Gericht zu Ottmachau. — Versetzt: der Bote und Executor Haase, beim Land-Gericht zu Kupp, in gleicher Eigenschaft zum Land- und Stadt-Gericht in Oppeln; der Ober-Landes-Gerichts-Assessor Eberhard, als Garnison-Auditeur nach Posen.

---

Mit zwei Beilagen.

Erste Beilage zu № 213 der privilegirten Schlesischen Zeitung.

Sonnabend den 12. September 1846.

□ Oberschlesien, 10. Septbr. — Der heutige Tag war für die oberschles. Elsenbahn ein Unglückstag. Der Abendzug von Breslau kam in Rudzinitz anstatt um 7 Uhr 41 Minuten erst um 10 Uhr, und der Abendzug von Königshütte in Kandrzin (Cosel) anstatt um 7 Uhr 7 Minuten erst um 11 Uhr an. Die Reisenden theilen mit, daß die Fahrt zwischen Oppeln und Cosel mehrmals in Stocken gerathen sei und an den Achsen mehrfache Entzündungen vorgekommen wären. In oder bei Laband ist an einem Wagen eine Achse gebrochen. Obgleich während der Unterbrechung zwischen den Bahnhöfen durch hin und her geschickte Locomotiven correspondirt wurde, so wurden doch die Passagiere die mit ihren Billeten an den Anhaltepunkten der Ankunft des Zuges, der sie mitnehmen sollte, mit Sehnsucht harrten, über ihr Schicksal bis in die späte Nacht in Ungewißheit gelassen; sie sahen blos die verschiedenen Signale und das darauf erfolgte Vorbeisausen der Locomotiven. Wäre es nicht passend, in dergleichen Fällen die Harrenden durch Aufschluß über ihr Geschick zu beruhigen?

† Reichthal, 8. Septbr. — Am 6ten d. Mts. beging die benachbarte Namslau-Glauscher christkathol. Gemeinde am erstern Orte einen durch Herrn Johannes Ronge geleiteten Gottesdienst. Dies wäre nun an und für sich kein Ereigniß, da die seit beinahe zwei Jahren begründete Reformation des 19. Jahrhunderts bereits viele dergleichen gefeiert hat. Daß aber eben diese Gemeinde seit einem Jahre eine solche Andacht entbehre, daß statt einer öffentlichen Feier in der evangel. Kirche oder im Freien ein enges Zimmer im evangel. Schulhause die Stelle des Gotteshauses vertreten mußte; dies bedarf einer Veröffentlichung, damit Schlesiens, dem religiösen Fortschritte huldigende Bewohner erfahren mögen: wie sehr noch heutzutage Christen — denn dies bleiben einmal die kathol. Dissidenten trotz allen ultramontanen Gegenreden — in ihren öffentlichen Gottesverehrungen beschränkt werden. Nicht die evangelischen Glaubensgenossen Namslau's tragen Schuld an der so eingeengten Gottesfeier, diese boten ihre Kirche bereitwillig zur Mitbenutzung an, aber die Genehmigung der königl. Regierung fehlte trotz oftmaligem Petitioniren, und sonach mußte eine kaum 80 Personen fassende Schulstube — während die Gemeinde allein über 200 Seelen zählt — als Kirche benutzt werden. Das Herausschaffen vieler durch die Hitze ohnmächtig gewordener Zuhörer und noch andere Störungen waren bei dem sonst so würdigen Cultus des Christkatholicismus hier unausbleiblich, und so kann man nur wünschen, daß vermittelst einer Regierungs-Genehmigung der nächste Gottesdienst dieser jungen Gemeinde in einem entsprechenderen Raume stattfinden möge. Man ersieht hieraus theilweise die Gesammt-Bedrängnisse dieser Kirchengesellschaft, aber außerdem haben die einzelnen Mitglieder noch harte Kämpfe vorzugsweise mit dem religiösen Fanatismus zu bestehen. In unserm Städtchen war es der vormalige Bürgermeister, Herr Kaufmann Michalick, ein geachteter und während seines Wirkens als Bürgeroberhaupt um die Stadt verdienter Mann, der ob seines Uebertritts zum Christkatholicismus neuerdings herbe Erfahrungen machen mußte. Wenn Ref. hier etwas umständlich erzählt, so geschieht dies, um zum Schluß eine staatsrechtliche Frage daran zu knüpfen. Dem genannten Christkatholiken starb vor wenigen Tagen sein jüngstes Söhnchen, und da natürlich die traurige Nothwendigkeit der Beerdigung hierauf folgte, so bat der betrübte Vater den Herrn Ortspfarrer um Anweisung einer Begräbnißstelle auf dem hiesigen Simultan-Kirchhofe. Dieses Bestimmen der Plätze durch den Herrn Pfarrer ist nämlich hier so Brauch. Dem Bittenden wurde aber der Bescheid, daß wegen seines Religionswechsels sein Kind auf dem hiesigen Friedhofe nicht begraben werden könne. Hierauf wandte sich der Abgewiesene an den Magistrat mit dem Gesuch: den Herrn Pfarrer bedeuten zu wollen, daß, da der Kirchhof Eigenthum der Commune, von derselben unterhalten würde, so daß alle christlichen Confessionsgenossen, als Katholiken, Protestanten, Altlutheraner, ohne Grabstellengeld zu entrichten, darauf begraben würden, auch seinem Kinde der Platz nicht verweigert werden könne und dürfe, da überdem bei einer vor längerer Zeit vorgenommenen Vergrößerung dieses Begräbnißplatzes sich seine Familie mit dem höchsten Geldbeitrage betheiligt habe. Der magistratualische Plenar-Beschluß war ein dem Bittsteller günstiger, dem sich aber nun der Herr Pfarrer mit großer Entrüstung schriftlich und mündlich widersetzte. Wenngleich diese Opposition à tout prix für den ersten Augenblick dem fungirenden Herrn Bürgermeister so zu sagen imponirte, so findet Ref. dies ganz erklärlich, da ja die Geschichte alter und neuer Zeit lehrt, daß noch gewaltigere weltliche Machthaber als unser Bürgeroberhaupt sich von der Geistlichkeit in Meinungssachen bestimmen ließen. Da aber für den Hrn. Michalik nur der Gesammtbeschluß des Magistrats maßgebend sein konnte, so traf derselbe die zur Beerdigung seines Kindes nöthigen Anstalten. Nun begann Seitens des Herrn Pfarrers die Entwickelung einer Opposition der That, als das Verschließen der Kirchhofsthore, die Verweigerung des Glockengeläutes u. s. w. Gleichwohl konnten diese Maßregeln auf die Dauer nicht stichhaltig sein, da selbst die röm.-kathol. Einwohnerschaft die Handlungsweise ihres Seelsorgers mißbilligte, und so erfolgte nach vorheriger Abreise des Herrn Pfarrers in die Nachbarschaft die so schwer errungene Beerdigung des christkatholischen Kindes. — Hiernach muß man nun fragen: konnte und durfte der Herr Ortspfarrer, in staatsrechtlicher und gesetzlicher Hinsicht, dem Mitgliede einer, wenn auch nur geduldeten christlichen Religionsgesellschaft die letzte Ruhestätte auf einem christlichen Friedhofe verweigern? Mit Sicherheit ließe sich diese Frage wohl verneinen, da ein Regierungsverbot, das den kathol. Dissidenten die christlichen Begräbnißplätze verschließt, nicht bekannt. Wurde doch auch den vor Kurzem noch nicht anerkannten Altlutheranern die Mitbenutzung der Simultan-Kirchhöfe, in Ermangelung von eigenen — nicht verweigert. Wünschenswerth wäre aber eine gesetzliche Bestimmung zur Erledigung dieser Frage und zur Vermeidung ähnlicher betrübender Vorfälle, wie der vorstehend erzählte.

## Theater.

Der Freischütz, romantische Oper von C. M. v. Weber. Agathe: Mad. Küchenmeister. Annchen: Frl. Mehr. Max: Hr. Schloß rc.

Breslau, 10. September. — Die Weber'sche Muse nahm im Laufe dieser Tage zwei Abende in Beschlag. Da indessen auf die am 3ten d. M. stattgehabte Aufführung des Oberon näher einzugehen, kein besonderer Grund vorhanden ist, so beschränken wir unsere Bemerkungen über die letztere dahin, daß die Rezia, wie es vorauszusehen war, in Mad. Küchenmeister die gehörige Darstellerin fand, daß die Titelrolle, welche früher in den Händen des nunmehr aus dem hiesigen Opernpersonale geschiedenen Hrn. Brauckmann sich befand, von Hrn. Campe gegeben wurde, und daß die Erwartungen von dem Abende, welche, nach dem abermals recht gefüllten Hause zu urtheilen, groß gewesen sein mußten, im Ganzen recht befriedigt wurden. Bei der Aufführung des Freischütz waren, wie schon aus der Ueberschrift zu entnehmen ist, viele Rollen neu besetzt. Die Agathe ist unserm Dafürhalten nach nicht eine der Individualität der Mad. K. ganz entsprechende Person; ein Mädchen, welches Nichts und Nichts will, als ihren Max, eine (simple) Försterstochter darzustellen, gelingt der Künstlerin unstreitig nicht in dem Grade, in welchem sie die complicirteren und raffinirteren Charaktere einer Alice, Antonina, Valentine und Rezia zu geben weiß. Indessen genügte die berühmte Scene und Arie im zweiten Act (Wie nahte mir der Schlummer rc. Alle meine Pulse schlagen), wie die Cavatine des vierten Acts (Und ob die Wolke sie verhülle) vollkommen. Neben der Agathe passirte hier zum ersten Male als Annchen Frl. Mehr; das naiv munter schäkernde Wesen, welches Annchen zu vertreten hat, konnte in der bekannten Ariette „Kommt ein schlanker Bursch gegangen" trotz des großen Applauses, mehr hervorgehoben werden; die während des Vortrags der Romanze „Einst träumte meiner sel'gen Base" sonst üblichen Stühle hatte diesmal irgend eine Censur weggestrichen, — eine Kleinigkeit und doch störend. Der auch dieser Romanze gewordene Beifall möge der rüstig emporstrebenden Sängerin die Ueberzeugung beigebracht haben, daß das Breslauer Publikum eben so erkenntlich sein kann als das Bremer. Der Max des Hrn. Schloß läßt für heut eigentlich kein Urtheil zu, da der Sänger offenbar noch an den Folgen einer Unpäßlichkeit litt; wir erwähnen daher nur, um das Publikum dessenungeachtet mit dem neuen Bühnenmitgliede näher bekannt zu machen, daß eine der neuesten Nummern der Allgemeinen Musikalischen Leipziger Zeitung von Dresden aus Hrn. Schloß als einen Sänger bezeichnet, der zu genügen nach Belieben im Stande sei. Merken wir uns das. Der Fürst Ottokar drängt sich im Freischütz bekanntlich nur einige Augenblicke in die Handlung ein, um dem Leidenskelche des unglücklichen Brautpaares noch einige bittere Tropfen hinzuzufügen; daher läßt sich über den in der Oper gestern zum erstenmale aufgetretenen Hrn. Scholz (Ottokar) vom Hoftheater in Rudolstadt ebenfalls nicht viel sagen; die Gesanglehrerin Mad. Marochetti wünscht ihm Gelegenheit, als Figaro auftreten zu können; diesem Wunsche beizustimmen werden wir keinen Augenblick Bedenken tragen, wenn Hr. Scholz uns gezeigt haben wird, daß er sich eine musikalische Durchbildung zu begründen ernst entschlossen hat. Hierzu gehört nach unsern rigoristischen Ansichten freilich außer der Handhabung der menschlichen Stimme noch die eines Instruments, und zwar, da man Sängern die leichter praktikabeln Blaseinstrumente nicht anrathen darf, die eines Saiteninstruments. A propos! Brautjungfern, studirt das „Wir winden dir" rc. sorgfältiger oder sagt dem schelmisch kapellmeisternden Annchen, es solle Euch nicht wiederholt zur Producirung Eurer Künste auffordern. W. Altmann.

## †† Lokal-Perspektive.

Gelegenheit macht nicht allein Diebe, sondern auch berühmte Schriftsteller. Hätten Bessel und F. Y. nicht Gelegenheit gehabt, die Sterne kennen zu lernen, so wären sie gänzlich unbekannt geblieben, und wäre ein Stern erster Größe nicht an unserem Theaterhimmel aufgegangen, wir besäßen dann keinen Kritiker, der eben diesen Stern im Berliner Figaro, in der Leipziger Theaterchronik, im Humoristen rc. hätte loben können. Dieser Kritiker hat ein schöpferisches Genie: er macht aus Nichts — Sterne und heftet sie an den aschgrauen, löschpapierenen Horizont der deutschen Kunstkritik. Kurz nach Beendigung des Rott'schen Gastspiels, dessen wahrer Erfolg in Breslau bekannt sein dürfte, erzählte der Berliner Figaro originaliter aus Breslau, daß „das beifällig aufgenommene Gastspiel, welches binnen 16 Tagen auf 10 Rollen anstieg, trotz der drückenden Hitze sehr gefüllte Häuser bewirkte," während die Leipziger Theaterchronik ebenfalls originaliter berichtete, daß „das Rott'sche Künstlerpaar in 16 Tagen 10 Darstellungen gegeben, die trotz der fürchterlichen Hitze alle zahlreich besucht waren. Welche rührende Mannigfaltigkeit des Urtheils, welch verschiedener Standpunkt der Kritik! Den Mann, aus dessen Feder dies geflossen, möcht ich kennen lernen, der könnte, vermöge seiner Vielseitigkeit der Anschauung, das Kirchenblatt redigiren und recensiren. Nachdem der Theaterbesuch sehr gesunken, bis ins Souterrain gesunken, ist auch unsere Kritik heruntergekommen. Wir wollen uns fürs erste noch oben halten und zusehen, was dort passirt. Der geehrte Leser weiß bereits, daß unserem Theater ein Directionswechsel bevorsteht. Man will eine Partie Whist machen, aber die Eingeladenen kommen nicht. Direktor Mühling in Hamburg hat abgesagt und Ringelhardt aus Riga hat keine Lust. Der Einsatz ist ihnen zu hoch, und dann sind die Karten auch schlecht gemischt. Weiter ist zu berichten, daß die Herren Stotz und Schwarzbach durch Baison, der jetzt in Deutschland auf Suche ist, für Hamburg gewonnen worden sind. So sehr wir Herrn Stotz vermissen werden, so müssen wir ihm doch zu dieser Veränderung Glück wünschen. Diese Umpflanzung seines Talents war nöthig, wollte er die Triebkraft desselben hier nicht verkümmern lassen. — Der geehrte Leser entschuldige, daß wir so Vieles vom Theater sprechen: das müssen wir thun. Wenn unsere Schreiblust einmal einnickt, so drohen uns die Theatermusen mit ihrer Ungnade. Da wir's diesmal dazu noch recht glimpflich gemacht, so hoffen wir, daß die thönernen Schönen auch nicht reclamiren werden. Vor jeder Reclamation haben wir eine entsetzliche Furcht. Wir lieben die Ruhe und möchten deshalb um alles in der Welt nicht das Amt der Versöhnung zwischen der correspondirenden Promenade und dem promenirenden Correspondenten übernehmen, zweien so halsstarrigen Leuten, wie sie Breslau und das Hirschberger Thal wohl kaum in mehreren Exemplaren aufzuweisen hat.

## Die Geldkrisis und das gute Weinjahr.

Es kann auch dem Laien nicht mehr unbekannt bleiben, daß auf dem europäischen Geldmarkte eine bedeutende Crisis theils vorbereitet, theils schon wirklich eingetreten ist, deren Ursach wohl vornehmlich in den das Maaß überschreitende Eisenbahnunternehmungen liegen möchte.

Diese Crisis wird binnen Kurzem eine furchtbare Vergrößerung erleiden. Die Weinproduktion eines ergiebigen Jahres ist, wie dieses in der Natur der Sache liegt, so groß, daß sie die Arbeit, die Capital- und Landrente von mehren Jahren erstatten muß. Da nun der Umsatz des Weines in wenigen Monaten, zumeist schon im October und November erfolgt, da dieser Umsatz ganz mit baarem Gelde bewirkt wird, und da er in guten Jahren eine sehr große Summe erfordert *), so ist es nicht zu verwundern, wenn dieser Umsatz allein an und für sich schon hinreichend ist, eine augenblickliche Crisis auf dem Gedmarkte hervorzubringen.

Wenn nun auch anzunehmen ist, daß der Weinankauf schon jetzt zu wirken anfängt, indem theils die Weinbauer schon Vorschüsse erhalten haben, theils die Weinhändler die nöthigen Geldmittel schon an sich gezogen oder sich gesichert haben mögen, so leidet es doch keinen Zweifel, daß der Hauptumsatz in dem Geschäft noch bevorsteht.

Unter diesen Umständen möchte die Aufmerksamkeit der Verwaltung wohl auf die Angelegenheit zu richten sein. Eine Beschränkung der Eisenbahnarbeiten würde auf der einen Seite Hülfe bringen, aber zugleich den

*) In Frankreich allein in guten Jahren über tausend Millionen Franken.

Schlag auf ein höchst gefährliche Weise ableiten, indem er die nun unbeschäftigen Arbeiter träfe; bei den hohen Getreidepreisen, bei der schlimmen Aussicht auf die Kartoffelernte zumal. Dagegen möchte, wiewohl es an Cirkulationsmitteln im Allgemeinen nicht fehlt, eine temporäre Vermehrung derselben wohl ganz angemessen sein. Eine große Summe in Kassenanweisungen würde, zum Ankauf von Staatsschuldscheinen und anderen Capitalbriefen verwendet, ihren Betrag sogleich in die geeigneten Canäle lenken, und in diesen so lange circuliren, bis die Crisis vorüber ist. Die auszugebende Summe kann für den Augenblick kaum zu groß sein. So pflegt die englische Bank bei ungewöhnlichen Geldbedürfnissen ihre Noten sogleich zu vermehren.

Zum Beweise, daß der Geldumlauf bisweilen eine ungewöhnliche Vermehrung der Circulationsmittel erträgt, will ich ein Beispiel aus der tollsten Finanzoperation anführen, welche wohl je stattgefunden hat. Zu den Zeiten des berüchtigten Lawschen Systems betrug die in Frankreich circulirende Münze etwa 1200 Millionen Franken. Durch den enormen Actienschwindel wurde es jedoch möglich, auf kurze Zeit 3000 Millionen im Cours zu halten. Und dennoch würde der Unfug nicht so arg geworden sein, wie er es wurde, wenn die Wiedereinziehung des Papiers durch irgend ein solides Fundament möglich gewesen wäre, während ein solches gänzlich fehlte. Aus diesem Beispiele läßt sich jedoch erkennen, daß eine weise Verwaltung auf kurze Zeit ohne Gefahr größere Papiersummen ausgeben darf, sobald sie eine leicht realisirbare Deckung in der Hand behält.

Gr. Pfeil.

## Erwiderung.

Dem Doppelstern in No. 208 der Schles. Ztg. wird ein Theil der Leser für seine Ansichten über die bisherige Wirksamkeit der königl. Bank, so wie über deren Verhältniß zum Publikum, zum besondern Danke verpflichtet sein dürfen, und wir wollen ihm sogar den unsrigen nicht vorenthalten, wenngleich wir zunächst bedauern müssen, daß der Doppelstern stellenweise in den von uns gerügten Fehler der Undeutlichkeit durch unverständliche Ausdrücke gefallen ist, da dem großen Zeitungs-Publikum mit Redensarten, wie „tabula rasa" oder mit dem staatsgelehrten „Primitiv-Zustand national-ökonomischer Spekulation" gar nicht gedient sein kann. Wir schreiben beide nicht für uns, sondern für das Volk, und so müssen wir uns schon nach diesem bequemen, und da wir nicht bezweifeln mögen, daß auch der Doppelstern seiner Gesinnung nach ein Freund des Volkes ist, so möge er diese gute Meinung künftig durch eine den Kenntnissen und dem Fassungsvermögen desselben angemessenere Darstellungsweise rechtfertigen.

Etwas Dunkeles hat auch der Doppelstern für uns gehabt, indem er meint, daß unser Artikel (Staatsbanken und Kassen-Vereine in No. 206 der Schles. Ztg.) „unzeitgemäß und der guten Sache schadend genannt werden muß." Ueber das „Unzeitgemäße" und den „Schaden" möchten wir zuvörderst uns doch noch einiges Licht erbitten.

Sonnenklar ist uns dagegen seine sehr gute Meinung über die Geschäftsführung der königl. Bank erschienen, doch vermögen wir derselben unsere volle Zustimmung nicht eher zu ertheilen bis wir

1) eine genaue Darlegung des Geschäftsbetriebes derselben vor uns haben, um daraus zu entnehmen, wie es möglich war, daß die königl. Haupt-Bank bei einem zu 2 und 2½ pCt. erborgten Kapitale von ungefähr 26 Mill. Thalern, welches sie dem Publikum zu 4 und 5 pCt. wieder ausgeliehen hat, in 30 Jahren keinen Ueberschuß haben soll. Denn angenommen, diese 26 Millionen wären nicht gleich zu Anfang der hinter uns liegenden 30 Friedensjahre in ihren Händen gewesen, auch während dieses Zeitabschnitts nicht immer voll ausgeliehen worden, so müßten doch schon 20 Millionen bei einem Durchschnitts-Zinsfuße von 2¼ pCt., den sie gab, gegen den von 4½ pCt., den sie nahm, in 30 Jahren 13,500,000 Rtl. Bruttogewinn gebracht haben; ferner, angenommen: die Verwaltungskosten für die 13 Banken, die der preuß. Staat hat betrügen durchschnittlich für jede nicht weniger als 15,000 Rthlr. jährlich, also in 30 Jahren überhaupt 5,850,000 Rtlr., so müßten doch 7,650,000 Rthlr. Netto-Ueberschuß vorhanden sein.

Wir haben nie an der meisterhaft geleiteten Geschäftsführung, so wie an der Redlichkeit der königl. Bank-Beamten gezweifelt, und wollen deshalb mit obiger Wahrscheinlichkeits-Berechnung keine Verdächtigung aussprechen, müssen jedoch andererseits bis zum Erscheinen der Darlegung des Geschäftsbetriebes der königl. Haupt-Bank, auch die aus unserer Berechnung hervorgegangene Ueberzeugung respectirt wünschen.

2) Können wir nicht umhin, unsern Doppelstern, der mit dem Bank-Prinzip und Verkehr bekannter zu sein scheint wie jeder Andere, um die Gründe zu bitten, weshalb die königl. Bank gerade mit dem 1sten Juli d. J. (dem Tage der angekündigten Eröffnung des Kassen-Vereins) den Credit sogar der auf Handel und Gewerbe einflußreichsten Häuser auf 5000 Rthlr. beschränkt, den Zinsfuß auf 5 pCt. erhöht und dann die Annahme der Kassen-Vereins-Scheine in der Bank auf 10,000 Rthlr. festgestellt hat? Der letztere Fall bleibt um so unerklärlicher als jedem Einzelnen der Theilnehmer des Kassen-Vereins die Entnehmung von 15,000 Rthlr. innerhalb dreier Tage (à 5000) Seitens der Bank gestattet, und es hiernach denselben ein Leichtes ist, auf ihre Privat-Sola-Wechsel die Gesammtsumme von 300,000 Rtl. aus der königl. Bank zu bekommen, während die solidarische Verbindlichkeit sämmtlicher 20 Theilnehmer als Corporation (Kassen-Verein) nur den 30sten Theil jenes Privat-Vertrauens der königlichen Bank zu gewinnen vermag; wogegen der Kassenverein sich noch nie geweigert hat, die Giro-Anweisungen der königl. Bank in unbeschränkten Summen anzunehmen. Heißt das sich gegenseitig ergänzen?

Zur großen Beruhigung der Theilnehmer des Kassen-Vereins hält es Referent für Pflicht, bei dieser Gelegenheit auch seinerseits öffentlich zu erklären, daß dieselben durchaus nicht nur keinen Antheil an seinem Artikel „Staatsbanken und Kassen-Vereine" haben, sondern daß sogar in No. 206 d. Z. einer aus deren Mitte, dem er vertrauensvoll das Manuscript des Referats zur Beurtheilung vorlegte, schon nach Durchlesung der ersten Zeilen seine Mißbilligung darüber, wiewohl ohne Gründe, ausgesprochen, und von der Veröffentlichung desselben abgerathen hat! Dessenungeachtet wollte Referent diesen Artikel der Offentlichkeit nicht vorenthalten, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil er gewohnt ist, seine Dienste für das allgemeine Beste etwaigen Privat-Vortheilen voranzustellen; er hatte keine andere Absicht dabei, als: die wesentliche Wirksamkeit und Nützlichkeit des Kassen-Vereins, als wohlthätiges Institut, nicht aber dessen einzelne Theilnehmer und deren Ansicht über Corporations-Geltung, — die, wie jede Ehrensache, sich nicht erjagen läßt —, dem Publikum und den Staatsbehörden zur Anerkennung zu bringen.

(Eingesandt.)

Die in vergangenem Jahre sehr häufig vorgekommene Kartoffelkrankheit veranlaßte deren Beseitigung möglichst zu ermitteln; auch ich beschäftigte mich damit und gelangte zu einem Verfahren, welches in jeder Haushaltung angewendet werden kann, die Kartoffelkrankheit sowohl bei den bereits angegangenen Kartoffeln einhält, als die übrigen vor solcher schützt und billig an jedem Ort zu beschaffen ist.

Da nun auch in diesem Jahre die Kartoffelkrankheit sich an einigen Orten wieder zeigt, glaube ich nützlich zu sein, mein sich wohl bewährtes Verfahren hier mitzutheilen.

Nachdem die Kartoffeln aus der Erde genommen, werden solche einige Tage an einen trockenen Ort dem Luftzuge ausgesetzt; gleichzeitig wird Glanzruß, wie solcher in jedem Schornstein vorgefunden und bei Reinigung desselben abgekratzt wird, gesammelt, möglichst fein zerstoßen und jetzt circa acht Pfund von diesem Pulver mit zwei Scheffeln trocknen Sand und eben so viel trocknen Lehm innig gemischt.

Dem Aufbewahrungsort der Kartoffeln wird nun ein trockner Boden gegeben, derselbe mit einigen Händen voll von obiger Mischung bestreut und dann eine Schicht von circa drei Zoll Höhe Kartoffeln aufgeschüttet, sodann werden wieder einige Hände voll von der Mischung aufgegeben, eine Schicht Kartoffeln aufgeschüttet und so weiter fortgefahren.

Werden die Kartoffeln im Keller aufbewahrt, so ist weiter keine Bedeckung nöthig, so aber der Aufbewahrungsort im freien Felde gewählt, müssen solche mit Stroh und dann mit Erde bedeckt werden, und um den Haufen ein Graben gezogen, um äußere Feuchtigkeit abzuleiten.

Dr. Schröter,
Apotheker.

## Briefkasten.

„Nachruf ins Ausland", von S. in Tr.; kann nur gegen Entrichtung der Insertionsgebühren unter den bezahlten Anzeigen Platz finden. — „Fünfhundertjähriges Kanonen-Jubiläum", von L. hierselbst; wurde des beschränkten Raumes wegen zurückgelegt.

**Breslauer Getreidepreise** vom 11. September.

| | Beste Sorte: | | Mittelsorte: | | Geringe Sorte | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Weizen, weißer . . | 85 | Sgr. | 80 | Sgr | 68 | Sgr. |
| Weizen, gelber . . | 82 | " | 78 | " | 68 | " |
| Roggen . . . . . | 78 | " | 76 | " | 73 | " |
| Gerste . . . . . . | 52½ | " | 49 | " | 45 | " |
| Hafer . . . . . . | 33½ | " | 32 | " | 31 | " |
| Raps . . . . . . | 70½ | " | 70 | " | 69 | " |

**Actien-Course.**
**Breslau**, 11. September.

Oberschles. Litt. A. 4% p. C. 107½ Br. Prior. 100 Br.
dito Litt. B. 4% p. C. 99 Br.
Breslau-Schweidn.-Freiburger 4% abgest. 99 Br.
dito dito dito Prior. 100 Br.
Niederschl.-Märk. p. C. 93 Br.
Wilhelmsbahn (Cosel-Oderberg) p. C. 77 Br.
Ost-Rheinische (Cöln-Minden) Zus.-Sch. p. C 93½ Br.
Sachs.-Schl. (Dresd.-Görl.) Zus.-Sch p. C. 99⅙ Br.
Krakau-Oberschles. Zus.-Sch. p. C. 76 Br.
Cassel-Lippstadt Zus.-Sch. 10% p. C. 90¼ Br.
Friedrich-Wilh.-Nordbahn Zus.-Sch. p. C. 79½ Br.

**Ratibor**, 9. September.

Im Monat August d. J. fand auf der im Betrieb befindlichen Strecke der Wilhelmsbahn folgende Frequenz statt. Es wurden befördert:

| | | | |
|---|---|---|---|
| 4379 Personen für . . | 1899 Thlr. | — Sgr. | — Pf. |
| Gepäck, Vieh und Equipagen für . . . | 138 " | 16 " | 1 " |
| 12737 Ctr. Fracht für | 822 " | 23 " | — " |
| Gesammteinnahme | 2860 Thlr. | 9 Sgr. | 1 Pf. |

# Letzte Nachrichten.

** **Breslau**, 11. Septbr. — Wir sind in den Stand gesetzt, jetzt über die vor Sr. Majestät dem Könige bevorstehende große Parade etwas Näheres mittheilen zu können, und thun dies um so lieber, weil gewiß schon mancher unserer Breslauer Mitbürger über die Möglichkeit nachgedacht hat, wie dieses, nach der Masse der versammelten Truppen, schon seltnere militairische Schauspiel zu genießen ist. Die Parade findet Montag den 28sten d. M. bei Jordansmühl statt, und zwar zwischen Jordansmühl und Schwentnig, der linke Flügel gegen die Steinberge. Obgleich Jordansmühl 4½ Meilen von Breslau entfernt ist, so läßt sich dasselbe doch schneller mit Hülfe der Freiburger Eisenbahn erreichen, als früher Beilau, wo die große Parade vor Sr. Maj. dem Könige gewöhnlich stattfand. Benutzt man nämlich den ersten Bahnzug, welcher um 6 Uhr von Breslau abgeht — vielleicht findet sich auch die, den Wünschen des Publikums so gern entgegenkommende Direktion der Bahn veranlaßt, einen Extrazug nach Canth früher als um 6 Uhr zu expediren — so ist man um 6 Uhr 37 Minuten, event. früher, in Canth und kann den Paradeplatz über Gnichwitz und Wirrwitz auf bereitstehenden Wagen bequem in 2 Stunden erreichen, also ungefähr um 8½ Uhr, was hinlänglich früh ist, falls die Parade, wie gewöhnlich, um 9 Uhr angesetzt wird. Findet dieselbe freilich um 8 Uhr statt, so ist man eines Extrazuges nach Canth — etwa um 5 Uhr — bedürftig, um recht zeitig zu erscheinen, und es wäre daher für alle Fälle am Besten, wenn die verehrliche Direktion der Eisenbahn auf obigen Vorschlag einginge und sich auch aus der Umgegend Canths eine hinlängliche Masse Wagen bei Canth auf dem Bahnhofe zum Weiter-Transport der Ankommenden einfinde, welche letztere gewiß ihre Rechnung finden würden. — Die Aufstellung zur Parade ist in zwei Treffen. Im ersten Treffen die Infanterie, Bataillonsweise in geschlossenen Zugkolonnen, das 1. Bataillon 3. Garde-Landwehr-Regiments, das 10. Linien-, 10. Landwehr-Regt., das 11. Linien-, 11. Landwehr-Reg., das 22. Linien-Regiment und 3 Bataillon 22. Landw.-Regts., das 23. Linien-, 23. Landw.-Rgt., die 6. Jäger-Abtheilung, im Ganzen 23½ Bataillon Infanterie, da das 2. Bataillon 3ten Garde-Landwehr-Regiments zur Ankunft Sr. Majestät des Königs, um die erforderlichen Wachen zu geben, nach Breslau rückt. Im 2ten Treffen die Cavallerie und Artillerie, erstere in Regiments-Colonnen mit Escadrons, letztere in Linie, und zwar: das 4., das 6. Husaren-, das 1. Kürassier-, 2. Ulanen-, 10. Landw.-Cavall.-Regmt., die Escadron des Landw.-Bat. 38. Inf.-Regmts., das 11., 22. und 23. Cav.-Regmt., 3 reitende und 6 Fuß-Batterien, im Ganzen 29 Schwadronen und 36 Geschütze. Nachdem Se. Majestät der König die Front beider Treffen hinuntergeritten, findet der Parade-Marsch, zunächst der Infanterie und Fuß-Artillerie und dann der Kavallerie und reitenden Artillerie statt, wobei die Escadron Wohlau der reitenden Artillerie folgt. Ob ein zweiter Parademarsch, die Infanterie in Regiments-Kolonnen, die Kavallerie im Trabe, stattfindet, wird von den Allerhöchsten Befehlen Sr. Majestät des Königs abhängen. Gleich nach der Parade wird ein Corps-Manöver ausgeführt, d. h. ein Exerziren des ganzen Armee-Corps im Feuer gegen einen supponirten Feind. — In früheren Jahren fand dieses Corps-Manöver niemals am Paradetage statt, wodurch das Interesse des Zuschauers für den diesjährigen Paradetag außerordentlich gewinnt.

**Berlin**, 11. Sept. — Se. Maj. der König haben Allergnädigst geruht, dem vormaligen Regierungs- und Medizinal-Rath Dr. Krauß zu Düsseldorf den rothen Adler-Orden vierter Klasse; und dem praktischen Arzt, Dr. Biehler zu Kyritz, den Charakter als Sanitäts-Rath zu verleihen.

Se. Durchlaucht der Prinz Friedrich zu Hessen (Sohn Sr. Durchlaucht des Landgrafen Wilhelm) ist von Swinemünde hier angekommen.

Se. Excellenz der General-Lieutenant und General-Adjutant Sr. Majestät des Königs, Graf v. Nostitz, ist nach Hannover, der Präsident des Landes-Oeconomie-Collegiums, v. Beckedorff, nach der Provinz Sachsen, und der Minister-Resident am großherzoglich sachsen-weimarschen Hofe, v. Salviati, nach Weimar abgereist.

**Berlin**, 9. Sept. (A. Pr. Z.) Wir sind ermächtigt worden, eine Immediat-Eingabe des Ober-Bürgermeisters, der Beigeordneten und des Stadtraths zu Köln vom 14ten v. M., sowie die darauf unter dem 4ten d. M. ergangene Allerhöchste Kabinets-Ordre, zu veröffentlichen. Sie lauten nachstehend:

Allerdurchlauchtigster Großmächtigster König! Allergnädigster König und Herr! Zum erstenmal sehen die allerunterthänigst unterzeichneten Ober-Bürgermeister, beigeordnete Bürgermeister und Stadtrath der alten treuen Stadt Köln sich in die traurige Nothwendigkeit versetzt, höchst bedauerliche und beklagenswerthe Vorfälle, Tödtung, vielfache Verwundungen und Mißhandlungen hiesiger Bürger durch die Gensdarmen und die zum Schutze der Ordnung herbeigerufene Militairmacht, unmittelbar zur Kenntniß Ew. Majestät zu bringen. Der von alter Zeit herstammende, mit der Feier der Kirmeß in der Pfarre Groß-Martin (Brigitten-Kirmeß) verbundene Unfug, den polizeilichen Verboten zuwider, zu schießen und Raketen zu werfen, hat, wie schon in früheren Jahren, so auch am Abende des 3. August die an sich gewiß geringfügige Veranlassung zu dem um so mehr beklagenswerthen Ereigniß gegeben. Die zur Handhabung der Ordnung aufgestellte Polizei ward von frechen, unbesonnenen Buben durch Schimpfreden, Steinwürfe und Schwärmer verhöhnt und mißhandelt, so daß zum Schutze derselben und um die Ruhe wieder herzustellen Militärhülfe herbeigerufen ward und einschritt. Der Abend des 4. August entfaltete vor den Augen der erstaunten Bürgerschaft die Aufstellung einer bedeutenden Militär-Macht auf dem Altenmarkte, welche bald nachher alle Zugänge zu diesem besetzte und abschloß, was den Zufluß und Andrang einer großen Menschenmasse in den nächst gelegenen und verkehrreichen Straßen und so auch in dem dichten Gewühl die Erneuerung der am vorigen Tage stattgefundenen Exzesse zur Folge hatte. Nur zu bald folgten die traurigen Wirkungen der Art und Weise, wie die dagegen ergriffenen Maßregeln in Vollzug gesetzt wurden. Einzelne Abtheilungen der verschiedenen Waffengattungen durchzogen die meist engen Straßen und verfolgten mit einer noch zur Stunde von Niemanden begriffenen Hast und Gewaltsamkeit Alles, was von Menschen in denselben betroffen werden mochte, ohne Unterschied mit blankem Säbel, mit dem Bajonette und mit Flintenkolben zufahrend. Der bald nachher erfolgte Tod des Faßbindergesellen Statz, mehrere sehr schwere Verwundungen und eine Unzahl Mißhandlungen an wehrlosen, einzeln ruhig ihren Weg verfolgenden Personen so wie Angriffe auf Häuser und Eigenthum vieler Anderen, liefern dazu die Beläge. Es kann unsere Absicht nicht sein, dem Gange der über das Ganze bereits durch eine gemischte Militär- und Civil-Kommission eingeleiteten Untersuchung irgendwie vorzugreifen oder Schuldige von der einen oder anderen Seite bezeichnen oder in Schutz nehmen zu wollen; das Ereigniß selbst mit den vielfach schmerzlichen Erwägungen, welche sich daran knüpfen, kann allein von uns in Betracht gezogen werden, und können wir in dieser Hinsicht nicht anders, als unsere vollkommenste Ueberzeugung dahin aussprechen, daß, wenn in Folge gesetzwidriger Verhöhnung und Mißhandlung der Polizei die Herbeirufung und das Einschreiten der Militairgewalt gesetzlich begründet waren, letzteres jedoch am 4. August in einer Weise stattgefunden hat, welche sowohl im Vergleiche der an und für sich geringfügigen, mit keiner eigentlich verbrecherischen Absicht verbundenen Veranlassung, als der von der Polizei und dem Militair erduldeten Mißhandlungen, und der dem Gesetze und den polizeilichen Anordnungen gebührenden Handhabung und Genugthuung alles Maß weit überschritten, und dadurch Schrecken und eine unbeschreibliche Bekümmerniß und Aufregung unter den mit Scenen solcher Art völlig unbekannten Einwohnern verbreitet hat. Zwei Punkte sind es insbesondere, welche die Allergehorsamst Unterzeichneten hervorzuheben sich verpflichtet halten. 1) Die Aufstellung einer so imposanten Militairmacht und die derselben anbefohlene Abschließung und Sperrung des Alten-Marktes und der dahin führenden Zu- und Ausgänge, ohne daß die Bürgerschaft durch vorhergegangene Bekanntmachung, Anschlag oder in irgend einer anderen Weise, was doch bei ganz gewöhnlichen Fällen, (Neubauten, Pflasterungen) geschieht, von einer so außerordentlichen Maßregel in Kenntniß gesetzt und Jedermann gewarnt worden wäre, den Marktplatz und dessen Umgegend zu vermeiden, namentlich durch Stehenbleiben einzelner Passanten nicht die Bildung von Gruppen und größere Anhäufung von Menschen zu veranlassen, und in dem dadurch entstehenden Gewühl und Gewirre Buben und gesinnungslosen boshaften Menschen das Begehen von Excessen, Schimpfen und Steinwürfen ohne Gefahr der Entdeckung und Bestrafung zu erleichtern; daß eben so wenig die Stadt-Verwaltung davon vorher in Kenntniß gesetzt worden, um wo möglich das Mittel friedlicher Einwirkung zu versuchen. 2) Die Seitens des Militairs ergriffene und in ihrem Erfolge, und dieser allein kann unserer Beurtheilung unterliegen, jedenfalls unglückliche Maßregel, wonach einzelne Abtheilungen von Infanterie und Kavallerie nicht bloß am Markte und in den nächstgelegenen, sondern selbst in weit vom Schauplatze der Unruhen entfernten Straßen und Stadttheilen nicht allein zusammenstehende oder getriebene Menschenhaufen, sondern vereinzelte, ruhig ihres Weges gehende Bürger, selbst solche, die harmlos an ihren Hausthüren standen, mißhandelten. Daß übrigens der Sinn für Ordnung und Gesetzlichkeit in der hiesigen Bevölkerung wie früher fortlebt und wirksam ist, hat sich in der einfachen Thatsache erwiesen, daß sowohl am 5ten und 6ten als auch am 9. August, dem Tage der Nachkirmeß, die Ruhe und Ordnung nirgend gestört worden ist und die Aufrechthaltung derselben den Bürgern selbst anvertraut war, welche dafür einstehen zu können erklärten, wenn die Aufstellung von Militair und Gensdarmen nicht stattfinde, und diese Aufgabe mittelst einer schnell organisirten Schutzwache, ohne Waffen, durch bloße Rücksprache und freundliches Zureden bei der abermals zahlreich versammelten Menge, gelöst haben. Im Hinblick auf diese überall offen vorliegenden Thatsachen muß der Stadtrath und die Verwaltung die Pflicht erkennen, dem in allen Klassen der von ihnen vertretenen Einwohner auf das lebhafteste empfundenen Schmerz vor dem Throne ihres Allergnädigsten Landesherrn und Landesvaters ehrerbietigst auszusprechen. Wir erfüllen diese Pflicht, indem wir mit dem reinsten Bewußtsein der loyalsten Unterthanen- und Bürger-Gesinnung und mit dem eben so reinen und wahren Gefühl der tiefsten Verehrung und unerschütterlicher Treue und Anhänglichkeit an Ew. königl. Majestät geheiligte Person uns dem Throne mit der ehrerbietigst vertrauensvollen Bitte nahen, „daß Allerhöchstdieselbe geruhen wollen, Allergnädigst zu befehlen, daß in dem hoffentlich nicht wiederkehrenden Falle von Ruhestörungen, bei welchen die gewöhnlichen Mittel der Polizei- und Militairhülfe als nicht ausreichend erachtet würden, und wo, wie in dem vorliegenden Falle, Zeit genug dazu vorhanden ist, die Bürgerschaft vorher in Kenntniß der außergewöhnlichen schärferen Maßnahmen gesetzt und von dem, was Seitens der Einwohner dabei besonders zu vermeiden Noth thun mag, gewarnt werde, und daß, wo immer möglich, durch Besprechung der Behörden mit den städtischen Vertretern der Versuch friedlicher Einwirkung und Abwehr vorhergehen möge." Die wir in aller Unterthänigkeit ersterben

Köln, den 14. August 1846.

Ew. Königl. Majestät
allerunterthänigst treugehorsamste
Ober-Bürgermeister, beigeordnete
Bürgermeister und Stadtrath.
(Unterschriften.)

Aus den Berichten Meiner Behörden und der Eingabe des Ober-Bürgermeisters, der Beigeordneten und des Stadtraths von Köln vom 14ten v. M. habe Ich mit gerechtem Schmerz ersehen, daß eine nicht unbedeutende Zahl der dasigen Einwohner — ganz abweichend von der sonst vielfältig bewiesenen lobenswerthen Haltung der Bürgerschaft — am 3ten und 4ten v. M. nicht nur den zur Sicherheit der Stadt getroffenen polizeilichen Anordnungen getrotzt und sowohl den Polizei-Beamten, als den zu ihrer Verstärkung herbeigerufenen Truppen thätlichen Widerstand geleistet, sondern auch beide durch Steinwürfe in gefährlicher Weise angegriffen hat. Die Auflehnung gegen die öffentliche Gewalt ist überall ein schweres, in seinen Folgen unberechnenbares Verbrechen, am meisten in einer Stadt, welche mit Recht für ein Bollwerk Deutschlands gilt; Ich muß es daher mißbilligen, wenn diese Veranlassung zu dem Einschreiten der Truppen in der bezeichneten Eingabe eine „geringfügige" genannt wird; vielmehr erkenne Ich vollkommen an, daß der Tumult, wie es geschehen, durch Waffengewalt unterdrückt werden mußte, wenn es gleich zu beklagen, daß dies nicht ohne den Verlust eines Menschenlebens und ohne einige schwere Verwundungen geschehen konnte. Dabei haben Meine Truppen, wie Ich aus den vorliegenden Berichten entnehme, im Allgemeinen die lobenswertheste Ruhe und Mäßigung bewiesen, so daß Ich Mich veranlaßt gefunden denselben dieserhalb Meine Zufriedenheit durch den kommandirenden General zu erkennen zu geben. Sollten dagegen, wie in der Eingabe behauptet, aber bis dahin nicht bewiesen ist, selbst in weit von dem Schauplatz der Unruhe entlegenen Straßen und Stadttheilen friedliche Bürger mißhandelt oder irgendwo ähnliche Exzesse von einzelnen Soldaten verübt sein, so werden die Schuldigen nach der Strenge der Militairgesetze gestraft werden. Was das Verhalten der Bürgerschaft nach dem Tumult betrifft, so erkenne Ich deren erfolgreiche Mitwirkung zur Beruhigung der aufgeregten Gemüther gern an; nichtsdestoweniger aber habe Ich die Organisirung einer Bürgerwache ohne die ausdrückliche Erlaubniß der zuständigen Behörden um so mehr mißbilligen müssen, als dadurch voraussichtlich die Meinung begründet werden konnte, als hätten die geordneten Militair- und Civil-Autoritäten, nachdem sie einmal gewaltsam eingeschritten, die Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung den Bürgern überlassen, während Mein ernster Wille ist, daß selbst der Schein einer solchen Schwäche vermieden werde. Wenn die städtischen Behörden darüber Klage führen, daß dieselben von den für den Abend des 4ten v. M. getroffenen Anordnungen, namentlich von der Aufstellung einer, wie sie es nennen, „imposanten" Militairmacht, auf dem alten Markt, nicht benachrichtigt seien, um die Bürgerschaft warnen zu können, so eröffne Ich denselben, daß die Aufstellung von etwas über 200 Mann nach dem, was am vorigen Abend geschehen, als keine übertriebene Maßregel anzusehen ist und die versäumte Mittheilung an die Stadt-Behörde darin Entschuldigung findet, daß vorausgesetzt werden konnte, einmal, es werde jene Aufstellung weiteren Exzessen vorbeugen, und anderentheils, die Vorgänge seien dem Ober-Bürgermeister nicht unbekannt geblieben. Nichtsdestoweniger habe Ich, dem Mir vorgetragenen Wunsche gern entsprechend, angeordnet, daß, wenn künftig außergewöhnliche Sicherungs-Maßregeln nöthig werden sollten, sofern die Zeit solches gestattet, die Kommunal-Behörden davon benachrichtiget werden, um die Bürgerschaft zu warnen und zur friedlichen Einwirkung und Abwehr mitwirken zu können. Um so zuversichtlicher rechne Ich darauf, daß der gute Sinn der Bürger und ihre Achtung vor dem Gesetz, verbunden mit dem einträchtigen Zusammenwirken der Militair-, Regierungs- und städtischen Behörden, Mir den Schmerz ähnlicher Ereignisse für immer ersparen werde.

Sanssouci, den 4. Sept. 1846.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

An den Ober-Bürgermeister, die Beigeordneten
und den Stadtrath von Köln.

† **Berlin**, 10. Septbr. — Ehe wir der Ereignisse gedenken, welche den Inhalt der gestrigen Hauptversammlung des Gustav-Adolph-Vereins bilden, müssen wir noch mit einigen Bemerkungen auf die Ausschließung Rupp's zurückkommen, weil diese auch die gestrige Stimmung der Versammlung und den Gang der Debatten beherrschte. Man ist hier jetzt ziemlich allgemein überzeugt, daß die Ausschließung eines von seinem Verein mit der gehörigen Legitimation versehenen Deputirten in der hiesigen Hauptversammlung gar nicht geschehen durfte und konnte, daß deshalb die Minorität, welche für Rupp gestimmt hat, besser gethan hätte, sich jeder Abstimmung zu enthalten, und daß selbst die Majorität, welche zu dem gedachten Schritte voraufgegangene Vereinbarungen getroffen hatte, — fast die Hälfte von der Majorität wohnte in demselben Gasthof, dem Hôtel de Brandenbourg — es jetzt schon wegen der für den ganzen Verein aus jenem Schritte sich ergebenden Nachtheile bereuen mag, so gehandelt zu haben, wenn gleich jenen Männern, die das Meiste zu der Ausschließung beigetragen haben, der Katechet Großmann aus Leipzig und der Pastor Sander aus dem Hannoverschen, darin auch jetzt noch den Triumph ihrer guten Sache erblicken und den Lohn für ihre Thätigkeit erwarten mögen. Daß der Central-Vorstand mindestens inconsequent handelte, den Gründer des Königsberger Hauptvereins, Dr. Rupp, nachdem er längst aus der evangelischen Landeskirche, wie man jetzt die unter Consistorialverfassung stehenden evangelischen Gemeinden unsers Staats nennt, ausgetreten war, aber noch an der Spitze des Königsberger Gustav-Adolph-Vereins stand, erst jetzt für anstößig zu erklären und nicht früher jenen Verein darauf aufmerksam zu machen, ist eine Bemerkung, die sich Jedem von selbst aufdrängt. Eine wohl zu beachtende Erscheinung ist, daß von den persönlich anwesenden Mitgliedern der Hauptversammlung des Vereins gerade so viel für als gegen Rupp d. h. 26 stimmten, daß aber die Majorität von 39 gegen 31 durch die überwiegende Anzahl von Mandaten, die sich im Besitz der orthodoxen Partei fanden, hervorgebracht wurde; sie hatte 13 Mandate, während die Minorität nur 5 aufweisen konnte. Eine weitere interessante Bemerkung dürfte sein, daß die Abgeordneten von preußischen Hauptvereinen vorherrschend für Rupp stimmten, und nur wenige sich gegen ihn erklärten; dagegen fand er die Majorität seiner Gegner in den nicht-preußischen Abgeordneten und den 13 Mandaten, über welche diese disponirten. Die Männer, welche für Rupp stimmten, sind nun: aus Berlin: Jonas und Sydow, aus Schlesien die ganze Deputation, bestehend in Schulz, Krause, Fischer und Becker; aus Pommern v. Forstner und Nizze; aus Preußen Voigt und Wechsler; aus der Provinz Sachsen wieder die ganze Deputation nämlich Weißenborn, Ublich, Schwetzschke und Schwarz; aus dem Königreich Sachsen Schwarz in Jena, Döner, Schumann und Todt; aus Baden Rose und Dittenberger; aus Braunschweig Langerfeld und Schwarz; aus Altenburg Fritsche, aus Bernburg Walther, aus Köthen Laue, aus Rudolstadt Eberwein, aus Detmold Gefke, für die Hansestädte Rothe aus Bremen, und endlich Weissenborn als Mandatar. Gegen Rupp stimmten aus Berlin Krausnick und Neander, aus Pommern Mehring und Nißmann, Arndt in Berlin als Mandatar, Romberg aus Posen, Kranz, Klemm, Ziegert, aus Hannover die ganze Deputation, nämlich Lükke, Stive, der Bruder des Bürgermeisters von Osnabrück, Ansminn, Hanfstengel, Bauer, Sander, aus Würtemberg Lechler und Hahn, aus

Kurhessen **Willich** mit drei Stimmen, so wie der Hofprediger **Zimmermann** aus Darmstadt mit 3 Stimmen, aus Altona **Nievert** mit 3 Stimmen, **Müller**, **Schulz**, aus Wiesbaden **Ohlen**, aus Holstein **Schuricht**, **Neander** für Waldeck, **Großmann** für Schleswig, aus Frankfurt a. M. **Harnier**, für Belgien **Großmann**, und endlich der Centralverein mit einer Stimme — zu der gestrigen berathenden und beschließenden Versammlung, die in der Dreifaltigkeitskirche stattfand, sollte das Publikum zugelassen werden, sobald die Berathung geschlossen, damit die Beschlüsse veröffentlicht würden. Es war zu diesem Zwecke in dem Programme der Termin um 12 Uhr angesetzt. Die Anzahl derjenigen, welche davon Gebrauch machen wolten und sich um 12 Uhr vor den verschlossenen Kirchthüren versammelten, war sehr gering, ein Beweis, wie theilnahmlos unser Publicum zu den Bestrebungen des Vereines sich verhält. In Stuttgart, wo die vorige Versammlung stattfand, harrten Tausende an den Kirchthüren; hier waren es kaum Hundert, darunter die Meisten von außerhalb. Sie mußten bis nach 2 Uhr warten, ehe ihnen die Thüren geöffnet wurden; aber auch um diese Zeit hatte die Versammlung ihre Geschäfte noch nicht so weit erledigt, daß die Beschlüsse publizirt werden konnten. Die Berathungen hatten Morgens um 8 Uhr begonnen und dauerten ununterbrochen bis Nachmittag gegen 5 Uhr fort. Als das Publikum zugelassen wurde, beschäftigte sich die Versammlung mit den Ergänzungswahlen für die durch das Loos aus dem Central-Vorstande ausscheidenden Mitglieder. Bis zu dem Momente, in welchem die Scrutatoren mit der Stimmenzählung fertig waren, wurden von einzelnen Mitgliedern noch Vorträge über die Ergebnisse der Wirksamkeit des Vereins gehalten, wie z. B. vom Professor **Suckow**, von einem ungarischen evangelischen Geistlichen und andern. Pastor **Uhlich** theilte mit, daß die bei dem vorgestrigen Festmahle zum Besten der Wittwen und Waisen evangel. Geistlichen in Böhmen veranstaltete Collekte den Ertrag von 240 Thalern geliefert habe. Durch das Loos traten aus dem Centralvorstande aus: **Krausnick**, **von der Recke**, **Weißenborn**, **Neander** und **Sander**; in Leipzig: **Meißner**, **Drobisch**, **v. d. Pfordten**. Neu gewählt wurden für Leipzig: **Hänel**, **Kreuzer**, **Harleß**, und für die Uebrigen: **Schwarz** in Jena mit 37 Stimmen, **Dittenberger** in Heidelberg mit 35 Stimmen, **Nitsche** in Bonn mit 34 St., **Möwes** in Berlin mit 34 St., **Fachmann** in Lingen mit 33 St. Falls einer oder der Andere von diesen die Wahl ablehnen sollte, wurden als die zunächst Gewählten proklamirt: **Sydow** in Berlin mit 32 St., **Erhard** mit 31 St., **Bernhardi** mit 30 St., **Jonas** in Berlin mit 27 St. und **Funcke** in Magdeburg mit 27 St. Von den neu Gewählten sprach **Dittenberger** seine Bereitwilligkeit aus, die Wahl anzunehmen, in der Voraussetzung, daß der Verein von der christlichen Liebe und der evangelischen Freiheit ferner nicht abweichen werde, damit so die Wunde, die er sich diesmal geschlagen, verharrschen und daraus keine Gefahren für das Fortbestehen des Vereins erwachsen möchten. Ihm schloß sich mit einer gleichen Erklärung der Kirchenrath **Schwarz** aus Jena an. Darauf verlas der als zweiter Secretair fungirende Pastor **Sander** die Beschlüsse, das Resultat der bisherigen Berathungen. Wir erwähnen davon folgende: den Beschluß, eine Adresse an den König von Preußen zu richten, deren Entwurf zuvor der Versammlung vorgelegt und von ihr genehmigt war; die Mittheilung, daß die Rechnungen justificirt seien und dem Kassirer des Vereins zu Leipzig, Herrn **Lampe**, Decharge ertheilt sei; der Beschluß, daß ein Hauptverein in Sachsen Coburg-Gotha anerkannt wäre. Ein Antrag, dem Verein in Güstrow als mecklenburgisch-schwerinschen Landesverein mit zwei Stimmen anzuerkennen, war abgewiesen. Für das Fürstenthum Reuß, jüngere Linie, war der Wunsch, einen Hauptverein zu bilden, ausgesprochen. Für Meiningen, wo ein Hauptverein in der Bildung begriffen ist, sollte der Central-Vorstand ermächtigt sein, denselben anzuerkennen, sobald er von der Regierung genehmigt sei. Mehrere Anträge auf Veränderung der Statuten wie des § 13, des § 1 und eines Zusatzes zu § 25 wurden zurückgewiesen, weil sich nicht die erforderliche Mehrheit zu ihrer Unterstützung, nämlich zwei Drittel der Stimmen, fand. Ein Beschluß der Versammlung beauftragte den Central-Vorstand, jeder Hauptversammlung den Plan und Entwurf zur Förderung irgend einer kirchlichen Anstalt vorlegen zu wollen. Auf Veranlassung von Kurhessens und Badens Vertretern war der Antrag gestellt worden, der Central-Vorstand wolle unter Zusendung einiger Exemplare des Hauptberichts an alle evangelischen Kirchen dieselben auffordern, ähnliche Vereine, wie der Gustav-Adolph-Verein, zu bilden; dieser Antrag wurde zum Beschlusse erhoben. Die Versammlung sprach nach den Nachrichten, welche sie über die offenkundigen Bedrückungen und Verfolgungen der evangelischen Gemeinden in den russischen Ostseeprovinzen erhalten hatte, ihren Schmerz und ihre Theilnahme aus und beauftragte den Central-Vorstand, eine Adresse an den Kaiser von Rußland über diese Angelegenheit zu richten, in der Voraussetzung, daß dem Selbstherrscher aller Reußen jene Verhältnisse seiner evangelischen Unterthanen in den Ostseeprovinzen unbekannt geblieben sein möchten. Auch in dieser Versammlung war der Antrag gestellt, aus der Bezeichnung des Vereins, die Worte Gustav-Adolph zu streichen, abgewiesen worden. Da man vielseitig den Wunsch ausgesprochen hatte, mit den evangelischen Gemeinden in Baiern in eine christliche Wechselwirkung zu treten, so wurde dem Central-Vorstand aufgegeben, Mittel und Wege zu suchen, welche dahin führen und ein günstiges Resultat ergeben möchten. Als Versammlungsort des Central-Vereins im nächsten Jahre wurde **Darmstadt** bestimmt. Damit waren die Geschäfte beendet. Der Pastor **Sander** hielt nun noch eine salbungsvolle Abschiedsrede; darauf sprach der Präsident der Versammlung, Superintendent **Großmann** aus Leipzig, Dank und Glückwunsch gegen den König von Preußen aus, hob hervor, daß Preußens Sache die Sache des Protestantismus und Deutschlands sei, und richtete endlich das Wort an Hrn. **Krausnick**, den Vice-Präsidenten der Versammlung als ersten Repräsentanten Berlin's, um im Namen der Versammlung den Dank für die freundliche Aufnahme, welche sie gefunden, auszudrücken. Dem antwortete Hr. **Krausnick** in ausführlichen Worten und endlich hielt der Bischof **Neander** das Schlußgebet. Von welchen mächtigen Nachwirkungen die Thätigkeit dieser so beschlossenen Versammlung sein wird, zeigt uns sehr wahrscheinlich schon die nächste Zukunft.

△ **Berlin**, 10. September. — Die am Rhein und hier mit dem 1sten October zu begründenden neuen politischen Zeitungen, wofür der Geh. Rath Dr. **Brüggemann** besonders ein so großes Interesse manifestirte, scheinen auf unvorhergesehene bedeutende Schwierigkeiten gestoßen zu sein, die noch sehr lange deren Erscheinen hindern oder gar ganz unmöglich machen. Der so oft genannte Curator derselben, Geh. Rath Dr. **Kortüm**, scheint sich von dem Unternehmen gänzlich zurückzuziehen, indem er nächstens nach Italien reist, wo er den Winter über zubringen will. — Gestern Abend haben sich schon wieder einmal Actionaire im Börsengebäude versammelt, um abermals einen gemeinsamen Beschluß zu fassen, unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen einstweilen keine Einzahlung zum Weiterbau der Magdeburg-Wittenberger Eisenbahn zu leisten. — Bei der gestrigen Luftfahrt Green's stieg auch der bejahrte schwedische Gesandte mit in die Höhe. Nachdem der Ballon sich schon einige Hundert Fuß von der Erde befand, verlor der Gesandte seinen Hut, der zur allgemeinen Belustigung unter die dicht gedrängten Zuschauer fiel. — Der Staatsrath dürfte diesmal seine Sommerferien abkürzen. Ebenso werden die Sitzungen des rheinischen Revisions- und Cassationshofes früher, als sonst, beginnen. — Die Sing-Akademie feiert die Anwesenheit der Repräsentanten des Gustav-Adolph-Vereins auch durch eine große Musik-Aufführung. Unter den gewählten Musikstücken befindet sich ein Miserere. — Ueber die Qualität und Quantität der diesjährigen Kartoffeln hört man auch hier allgemein klagen. Zudem ist diese Frucht, in Vergleich zu den verflossenen Jahren, noch sehr hoch im Preise.

(Voss. Z.) Der Verbrecher, der die gestern erzählten Grausamkeiten an 4 armen Kindern verübte, ist merkwürdiger Weise ein Krüppel, kann nur mit Hülfe einer Krücke sich fortbewegen und ist bereits nahe an 60 Jahr alt.

**Koblenz**, 3. Septbr. (A. Z.) Unter den Kandidaten für den Bischofsstuhl zn Münster, auf die in den vorläufigen Besprechungen reflectirt worden sein soll, werden außer den Weihbischöfen von Münster, Köln und Trier noch der Probst Brinckmann in Berlin, sodann ein Pfarrer in Münster und ein Geistlicher der Breslauer Diöcese genannt.

**München**, 6. September. (A. Pr. Z.) Diesen Morgen, kurz nach 11 Uhr, hat Ihre Majestät die Königin von Preußen ihre Rückreise von hier nach Berlin angetreten, und zwar über Regensburg, bis wohin Allerhöchstdieselbe in Begleitung der Erzherzogin Sophie geht. Als der König und die Königin zugleich mit dem Prinzen Adalbert und der Prinzessin Alexandra gestern Abends auf der Eisenbahn von Augsburg hier ankamen, fuhren Allerhöchstdieselben sofort vom Bahnhofe zum Herzog Max-Palast, um die Königin von Preußen zu begrüßen. Eben so war vorgestern der Kronprinz mit seiner Gemahlin in gleichem Zwecke von Augsburg hierher geeilt.

**Holstein.** Der Alt. Merkur meldet in seinem amtlichen Theil, daß der König unterm 5. September mittelst Allerhöchstem Rescripte den Geheimen Konferenzrath und Kammerheerrn, Grafen von **Reventlow-Criminil**, auf sein Ansuchen seines Dienstes als Präsident der schleswig-holstein-lauenburgischen Kanzlei in Gnaden entlassen und an seine Stelle den ersten Deputirten in der Rentekammer, Kammerherrn Grafen v. **Moltke**, wiederum zum Präsidenten dieser Kanzlei ernannt habe.

**Kiel**, 1. Septbr. (A. Z.) Es herrscht hier große Bestürzung. Die Kluft zwischen Reden und Handeln ist groß, das scheinen die Holsteiner zu fühlen; sie tragen Bedenken diese Kluft zu überspringen, aber jenseits werden sie auch schwerlich an ein Umkehren denken. Das Militair in Rendsburg (3 Bat.) besteht aus Schleswigern und Holsteinern, welche durchaus deutsch gesinnt sind und zu großem Aerger der dänischen Offiziere ihr Volkslied „Schleswig-Hostein u. s. w." singen.

**Wien**, 3. Sebtbr. (A. Z.) Hier sieht man der baldigen Erscheinung des neuen Börsengesetzes entgegen. Dem Vernehmen nach wird durch dasselbe unter anderm die Einrichtung eines **Börsengerichtes** angeordnet, welches aus einer Bankcommission, einem Regierungscommissär u. s. f. bestehen, und gegen diejenigen, welche ihren Verbindlichkeiten nicht nachkommen, sogleich summarisch verfahren wird.

**Paris**, 6. Sept. — Zu **Brest** werden mehrere Corvetten ausgerüstet, um 1600 Mann Truppen nach Otahaiti zu transportiren. — Herr **Odilon Barrot** reist nach Alexandria ab; er besucht dort seinen Bruder, den Generalconsul Adolf Barrot, und begiebt sich dann über Syrien nach Konstantinopel. Man erwartet ihn in drei Monaten zurück. — Das Gesuch des **Joseph Henry** um Strafumwandlung ist, wie die Epoque meldet, abgeschlagen worden: das von dem Pairshof gesprochene Urtheil, das auf lebenslängliche Zwangsarbeit lautet, soll vollzogen werden. — **Beranger**, der berühmte „Chansonnier", liegt, wie man hört, gefährlich krank darnieder. — Der Akademiker **Jouy** ist gestorben. — Die Débats beschäftigen sich heute mit **Daniel O'Connel** und dem „jungen Irland"; sie lassen die Polemik über die spanische Heirathsfrage ruhen u. bemerken nur ganz kurz (gegen den Madrider Espannol), sie sähen nicht, wie die Annexe zum Utrechter Frieden von 1713 die Vermählung der Infantin Luisa mit dem Herzog von Montpensier hindern könne; es sei der Act von 1713 nicht einmal einer Vermählung der **Königin** mit einem Prinzen aus dem Hause Orleans entgegen, indem ja dadurch nichts geändert worden wäre an der Thronfolge in Spanien. — Der Herzog von Nemours und der Herzog von Aumale werden ihren Bruder Montpensier nach Madrid begleiten.

Im Louvre werden Anstalten gemacht, die erwarteten Trümmer des alten Ninive in sechs Sälen aufzustellen.

Vorgestern ist in **Boulogne** ein Courier der franz. Gesandtschaft in London mit Depeschen für Hrn. Guizot angekommen, welche aus London unmittelbar nach Empfang eines Schreibens Lord Palmerston's expedirt worden sind. Man glaubt, dies Schreiben beziehe sich auf den beabsichtigten Besuch und die Ankunft der Königin von England in Eu.

**Madrid**, 1. Sept. — Die Frage von der Vermählung der Infantin Luisa mit dem Herzoge von Montpensier fährt die Journale zu beschäftigen fort. Der Eperanza zufolge hätte dieses Vermählungsproject, weit davon entfernt, von dem britischen Cabinet gebilligt zu sein, zu ernsten Explicationen zwischen dem Conseilpräsidenten Hrn. Isturiz und dem britischen Gesandten Hrn. Bulwer Veranlassung gegeben.

**London**, 31. August. (A. Z.) Man erzählt sich hier in unterrichteten Kreisen, daß noch keine aktenmäßige offizielle Darstellung der **galizischen Vorgänge** an die fremden Cabinete übergeben worden sei, und die Minister sich dadurch der Mittel beraubt sähen, eine entschiedene und kräftige Verneinung den Anklagen der Mitglieder beider Häuser entgegen zu stellen. Die bei den polnischen Vorfällen interessirten Kabinete sollen indeß eine solche zugesagt haben, wenn die Verhöre und Untersuchungsacten ganz geschlossen sein würden. Möchten die drei zunächst betheiligten Mächte sich auch entschließen, die Geschichte dieser Revolution mit allen officiellen Actenstücken versehen nicht nur deutsch, sondern zugleich in französischer und englischer Uebersetzung zu veröffentlichen.

**Rom**, 31. Aug. (A. Z.) Der Prinz von Joinville traf vorgestern gegen Mitternacht über Civitàvecchia hier ein. Gestern früh besuchte er den Vatikan und die St. Peterskirche. Gegen Mittag stattete er dem Papst seinen Besuch im Quirinal ab, wo er mit aller Auszeichnung und auf das wohlwollendste empfangen wurde. Nach den Aeußerungen des Prinzen ist seine improvisirte Reise hierher lediglich unternommen worden, um persönlich dem heiligen Vater seine Verehrung zu bezeugen. Nach der Audienz, die fast eine halbe Stunde dauerte, wurden die Officiere, welche den Prinzen begleitet, Sr. Heiligkeit durch den französischen Botschafter Grafen Rossi vorgestellt. Man erzählt sich, daß unter den Geschenken, die der Prinz für sich und seine königl. Eltern empfangen hat ein kostbarer Rosenkranz für die Königin ist. Wie alle, welche das Glück hatten, Pius IX. vorgestellt zu werden, ist auch der französische Prinz von der liebenswürdigen Persönlichkeit des Papstes bezaubert. Obleich es gestern den ganzen Tag sehr stark geregnet, besuchte der Prinz noch die Ueberreste des alten Rom, und sah außer mehrern Personen des päpstlichen Hofs auch den Staatssecretär Cardinal Gizzi zur Tafel bei sich. Am Abend spät fuhr der Prinz auf dem Landwege über Terracina nach Neapel zurück.